



Maï 1962 - Nur für Betriebsangehörige

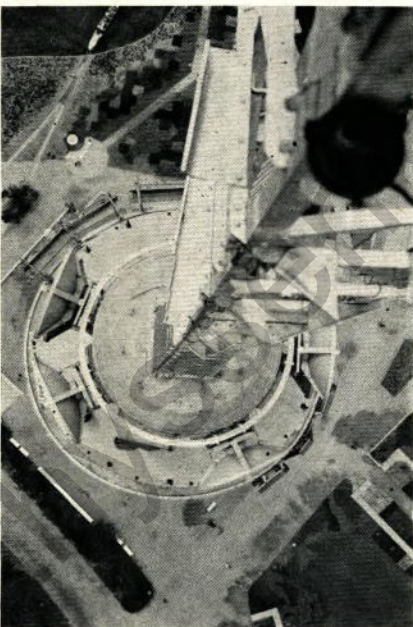
	WERK und WIR HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT	5 1962 L 7147 E
--	--	------------------------------



WERK *und* WIR



Titelseite: In der industriellen Arbeitswelt geht eine Veränderung vor sich, die alle Berufe und Ränge erfaßt: Handarbeit verwandelt sich in Kopfarbeit, ganz neue seelische und geistige Leistungen werden verlangt. Unser Bild zeigt den Kranführer Werner Prokopowitsch, der einen Chargierkran im Siemens-Martin-Stahlwerk 3 fährt



Rückseite: An jedem schönen Sonntag genießen viele Zehntausende den Frühling im Dortmunder Westfalenpark, dessen Wahrzeichen der ganz aus Hoesch-Stahl und Hoesch-Zement erbaute Florianurm ist. Dieses ungewöhnliche Bild wurde auf der obersten Turmspitze aufgenommen, auf dem Sendemast in 218 Meter Höhe

In Frieden arbeiten - in Freiheit leben

Mehr als 1000 Aktionäre und Vertreter von Aktionären nahmen am 27. April dieses Jahres an unserer Hauptversammlung teil, um einen ausführlichen Bericht des Vorstandes über die Lage der Gesellschaft entgegenzunehmen, um über die Höhe der Dividende zu beschließen und um dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen. Sie konnten sich davon überzeugen, daß das Geschäftsjahr 1960/61 auch im Zeichen der sich normalisierenden Konjunktur ein Jahr außerordentlicher Anstrengungen gewesen war. Wichtige und umfangreiche Investitionen haben wir durchgeführt, um unsere Produktionskosten zu senken, die Qualität der Erzeugnisse weiter zu verbessern und damit deren Absatz zu sichern. Die Hauptversammlung verlief zufriedenstellend und harmonisch. Mehr als 98 v. H. der auf der Hauptversammlung vertretenen Stimmen entlasteten Vorstand und Aufsichtsrat und billigten damit die Geschäftspolitik des Geschäftsjahres 1960/61.

Besonders erfreulich war die Feststellung eines Aktionärs – und seine Stimme steht sicher für viele –, daß die Erfolge des Geschäftsjahres 1960/61 nur möglich gewesen seien durch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Werksleitungen, Betriebsräte und Belegschaften, wie sie seit langem zur guten Tradition unseres Unternehmens gehöre. Er billigte unsere betriebliche Sozialarbeit als sinnvolle und zielbewußte Maßnahme, den guten Geist des Hauses Hoesch zu erhalten.

Wenige Tage, nachdem diese Feststellung auf unserer Hauptversammlung getroffen wurde, feierte die Arbeitnehmerschaft bei uns wie in aller Welt den 1. Mai. Die Losungen, unter denen die Mai-Veranstaltungen standen, waren sicherlich von Land zu Land recht verschieden, denn viele soziale Errungenschaften, die für uns selbstverständlich geworden sind, sind anderwärts noch fast utopische Forderungen.

So scheint es bedeutungsvoll, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Mai-Aufruf nicht sozialpolitische oder tarifpolitische Forderungen erhob, wenn auch zweifellos in dieser Richtung noch Wünsche bestehen, sondern die Mai-Veranstaltungen unter die Losung stellte:

„In Frieden arbeiten, in Freiheit leben“.

So appelliert die Mai-Parole des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Vernunft und an die Einsicht aller Verantwortlichen. Sie ist für jeden von uns gültig und bedeutungsvoll, denn – und das sollten wir stets bedenken – alle Mühen und Anstrengungen wären vergeblich, und alles, was wir in mehr als einem Jahrzehnt in mühevoller Arbeit miteinander aufgebaut haben, ja mehr noch: unsere menschliche Existenz wäre in Frage gestellt, wenn uns nicht der Frieden erhalten bleibt. Denn nur in Frieden und Freiheit können wir uns des Erreichten freuen.

Inhalt

- 171 Hauptversammlung 1962
- 178 Wilhelmine-Victoria und Fritz-Heinrich verbunden
- 181 Deutsche Eisenerze sind zu teuer
- 184 Der Tag der Arbeit
- 186 Das Bild des Monats
- 187 Ruhrfestspiele 1962
- 190 Die Zukunft des Menschen
in der industriellen Arbeitswelt
- 192 Arbeitssicherheit – eine gesellschaftliche Aufgabe
- 193 Professor Esmarch nahm als erster den Kampf
gegen den Unfall auf 
- 196 Die Unfallkurve muß fallen
- 198 Unfallschutz als Führungsaufgabe
- 198 50 Jahre bei uns
- 199 Gärtner an Leib und Seele 
- 202 Jubilare
- 203 Fotowettbewerb
-



Hoesch AG Bergbau Essen-Altenessen



Hoesch AG Westfalenhütte Dortmund



Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg



Hoesch AG Rohrwerke Hiltrup



Schmiedag Aktiengesellschaft Hagen i. Westf.



Maschinenfabrik Deutschland AG Dortmund



Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft
Wuppertal-Langerfeld



Becke-Prinz GmbH Dortmund



Dörken Aktiengesellschaft Gevelsberg



Schwinn Aktiengesellschaft Homburg/Saar

Schwinn S.à.r.l.Hénin-Liétard (Pas-de-Calais)



Rheinischer Vulkan, Chamotte- und Dinaswerke mbH
Oberdollendorf a.Rhein



Dortmunder Drahtseilwerke GmbH Dortmund

Carl Flügge GmbH Hamburg



Hoesch Hammerwerk
Ruegenberg GmbH Olpe i. W.



Dortmunder Plastik GmbH Dortmund



Hoesch Bergbautechnik GmbH Dortmund



Werk Federstahl Kassel



Hoesch Eisenhandel mbH Dortmund

Claasen, Muth & Co. GmbH Bremen



Hoesch Reederel und Kohlenhandel GmbH Essen



Schiffswerft und Maschinenfabrik
Mainz-Gustavsburg GmbH



Hoesch Düngerhandel GmbH Dortmund



Hoesch Export GmbH Dortmund

Hoesch Export GmbH Oficina de Madrid

Hoesch Export GmbH Bureau Bruxelles



Hoesch Argentina S.A. Industrial y Comercial
Buenos Aires



Hoesch Limited London



Hoesch Italiana Mailand



American Hoesch Inc. New York



Hoesch France S.à.r.l. Paris

Industriewerte AG Dortmund

Gesamtbelegschaft 50000



HAUPTVERSAMMLUNG 1962

1036 Aktionäre und Aktionärvertreter, die mit 2866073 Stimmen 76 v. H. des Grundkapitals von DM 375 Millionen vertraten, nahmen am 27. April an der diesjährigen Hauptversammlung der Hoesch AG in der Halle 3 der Westfalenhalle teil. Unter den Gästen waren auch zahlreiche Vertreter der Presse. Die Verwaltung – Aufsichtsrat und Vorstand – beantwortete die aus dem Kreis der Aktionäre an sie gerichteten Fragen und fand schließlich ihre

Arbeit durch starke Beweise des Vertrauens in den Abstimmungen bestätigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Dr. Hans Janberg, der in diesem Jahr zum erstenmal als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Hauptversammlung leitete, der im verflossenen Jahr verstorbenen Mitarbeiter, zu deren Ehren sich die Versammlung erhob. Der Vorsitzende stellte sodann Bergassessor a. D. Paul Schulte-Borberg als neues stellvertretendes Mitglied des Vorstandes vor, über dessen Bestellung wir in Heft 11/1961 von WERK UND WIR berichteten.

Dr. Ochel berichtet über Lage und Entwicklung der Gesellschaft

Sodann berichtete Dr.-Ing. E. h. Willy Ochel als Vorsitzender des Vorstandes über Lage und Entwicklung unserer Werke und Gesellschaften im Geschäftsjahr 1960/61:

„Auf der vorjährigen Hauptversammlung berichtete ich Ihnen bereits über die Entwicklung in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1960/61 und erklärte, daß wir zwar nicht wieder mit so besonders guten Erträgen wie im Geschäftsjahr 1959/60, aber doch mit einem zufriedenstellenden Ergebnis rechnen könnten. Diese Voraussage hat sich bestätigt, wie Ihnen unser Jahresabschluß zeigt. Damals mußte man schon erwarten, daß sich eine konjunkturelle Beruhigung auf dem Stahlmarkt anbahnen würde, wie es seit Ende des Geschäftsjahres

1960/61 geschehen ist. Trotz unverändert guter Beschäftigung der eisen- und metallverarbeitenden Industrie und bei noch leicht ansteigendem Stahlverbrauch waren wegen des Lagerabbaus beim Handel und beim Verbraucher und wegen des damit verbundenen Rückgangs der Aufträge die größeren Kapazitäten der Hütten- und Walzwerke nicht mehr voll ausgelastet.

Der Umsatz wurde gehalten

Nach der außergewöhnlich hohen Umsatzsteigerung um 22 v.H. auf DM 2,43 Milliarden im Geschäftsjahr 1959/60 nahm im Berichtsjahr bei geringerer wirtschaftlicher Entfaltung der Gesamtumsatz nicht noch weiter zu, sondern hielt sich auf dem erreichten hohen Niveau von DM 2,4 Milliarden. In diesem Umsatz sind die Lieferungen der Zweigniederlassungen untereinander nicht enthalten. Der Fremdotsatz in Höhe von DM 1,94 Milliarden hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Der angegebene Gesamtumsatz enthält nicht die Umsätze unserer Beteiligungsgesellschaften.

Infolge des schärferen Wettbewerbs auf den Weltmärkten gingen die Exporterlöse beträchtlich zurück. Da das Programm unseres Hüttenwerkes stark auf den Inlandsmarkt ausgerichtet ist und wir nicht in gleichem Maße exportabhängig sind wie andere Montanunternehmen, haben wir, wie auch aus unserem Geschäftsbericht hervorgeht, wegen der unbefriedigenden Erlöse auf manches Exportgeschäft verzichtet. Der Exportanteil am Fremdotsatz betrug im Berichtsjahr nur 13,9 v.H.“

Auf die wesentlichen Vorgänge und Entwicklungen im Berichtsjahr 1960/61 eingehend, sagte

◀ Dr. Hans Janberg eröffnete in diesem Jahr zum erstenmal als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Hauptversammlung





Die beiden Bilder auf diesen Seiten zeigen die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes während der Hauptversammlung. Auf dem Bild links erkennen wir v.l.n.r.: die Aufsichtsratsmitglieder Dr. Herbert Martini, Professor Dr. Carl Wurster, Walter Springorum, Bernhard Weiß, Helmuth Henze, Hermann Josef Werhahn, Dr. Anton Wimmer, Ernst von Waldthausen, Kurt Schoeller und Professor Dr. Leo Brandt; die Mitglieder des Vorstandes Bergassessor a.D. Paul Schulte-Borberg, Bergassessor a.D. Hellmut Hansen und Gerhard Elkmann

Dr. Ochel, die Entwicklung sei unterschiedlich gewesen. In der ersten Hälfte des Jahres hätten Erzeugung und Umsatz den Monatsdurchschnitt des Jahres 1959/60 übertroffen; dagegen wären in der zweiten Hälfte des Jahres unser Hüttenwerk, die Walzwerke Hohenlimburg und das Trierer Walzwerk zwar noch gut beschäftigt gewesen, aber auf die Erlöse und Erträge hätten sich bereits die billigeren, insbesondere französischen Importe ausgewirkt. Bei unseren Handelsgesellschaften sei der Umsatz zurückgegangen, während beim Hüttenwerk und bei unseren Walzwerken zunächst nur der Auftragseingang, nicht jedoch Versand und Beschäftigung rückläufig gewesen sei.

Die Werke und Gesellschaften der Weiterverarbeitung seien über das ganze Jahr hin gleichmäßig gut beschäftigt gewesen und hätten ihren Umsatz fast ausnahmslos noch um 10 bis 20 v. H. steigern können.

Die Rohstahlerzeugung schwankte

„Die Erzeugung entsprach im großen und ganzen der Umsatzentwicklung“, so fuhr Dr. Ochel wörtlich fort. „Auch hier unterscheiden sich deutlich die Verhältnisse im ersten und zweiten Halbjahr. Während die Westfalenhütte mit 215000 Tonnen Rohstahl im März 1961 eine neue Höchsterzeugung hatte und im ersten Halbjahr eine durchschnittliche Monatserzeugung von 196000 Tonnen erreichte, betrug die Rohstahlerzeugung im Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahres nur 186000 Tonnen. Mit 2290000 Tonnen Rohstahl hat unser Hüttenwerk seinen Anteil von 6,7 v. H. an der Rohstahlerzeugung der Bundesrepublik gehalten.“

Dr. Ochel wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Rohstahlerzeugung allein nicht mehr die tatsächliche Leistung und das Leistungsvermögen unseres Hüttenwerkes kennzeichne, „... weil wir auf unseren modernen Walzenstraßen nicht nur den eigenen Rohstahl durchsetzen, sondern auf Grund der Zusammenarbeit

mit befreundeten Unternehmen in zunehmendem Maße Lohnwalzungen von Flachprodukten ausführen. In der Walzstahlfertigerzeugung von 2,2 Millionen Tonnen im Geschäftsjahr 1960/61 – die Walzwerke Hohenlimburg eingerechnet – waren 300000 Tonnen Lohnwalzungen enthalten. Unser Anteil an der Walzstahlfertigerzeugung der Bundesrepublik betrug einschließlich dieser Lohnwalzungen 8,5 v. H.“

Zusammenarbeit mit befreundeten Firmen

Die Zusammenarbeit mit befreundeten Firmen, die wir seit Jahren pflegen und die von mancher Seite zunächst kritisch beurteilt wurde, habe sich als richtig erwiesen, betonte Dr. Ochel. Gerade in jüngster Zeit werde auch zwischen anderen Unternehmen über ähnliche Regelungen und Vereinbarungen verhandelt. Mit einer solchen Zusammenarbeit würden im gesamtwirtschaftlichen Interesse Überkapazitäten vermieden und für die beteiligten Gesellschaften durch bessere Nutzung der Anlagen die Vorteile der Kostendegression ausgeschöpft, die gerade unter den heutigen Marktverhältnissen sehr bedeutsam seien.

Dr. Ochel stellte fest, daß sich die Zusammenarbeit mit der Dortmund-Hörder Hüttenunion recht zufriedenstellend entwickelt habe. Neben dem Austausch freier Platzkapazitäten hätten im November 1961 unsere Sinterlieferungen an die Hüttenunion begonnen, die jährlich etwa 360000 Tonnen erreichen würden. Wenn die Hüttenunion im nächsten Frühjahr ihr neues LD-Stahlwerk in Betrieb nähme, würden sich zur Sicherung unseres Rohstahlbedarfs bei steigender Auslastung der Breitbandstraße auf der Grundlage der bisherigen Zusammenarbeit ebenfalls Vereinbarungen treffen lassen, bis der Bau eines eigenen LD-Stahlwerkes notwendig und zweckmäßig erscheine.

Mit den vier kontinuierlichen Walzenstraßen der Westfalenhütte – der Halbzeugstraße, der Breitbandstraße, der Feineisenstraße und dem Fünffach-Tandem-Kaltwalzwerk – und mit der vollkontinuierlichen Mittelbandstraße in Hohen-

limburg sind wir technisch gut ausgerüstet. Wir können uns mit diesen Anlagen den sich ändernden Marktverhältnissen beweglich anpassen und werden uns auch bei schärferem Wettbewerb behaupten können.

Die Kohlenförderung unserer Schachtanlagen war mit 5750000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Während die Förderung im ersten Halbjahr unter der des Vorjahres lag, stieg sie im zweiten Halbjahr bei geringerer Belegschaft, aber ständig steigender Schichtleistung gegenüber dem Vorjahr leicht an, weil die Betriebe über und unter Tage weiter mechanisiert und rationalisiert wurden. Die Leistung je Mann und Schicht unter Tage erhöhte sich um 8,9 v. H. auf 2248 Kilo.

Unsere Werke und Gesellschaften der Weiterverarbeitung waren im allgemeinen voll ausgelastet. Bei einigen Werken bestand allerdings Mangel an Arbeitskräften, so daß einige Kapazitäten nicht voll genutzt werden konnten.“

Weiterverarbeitung immer wichtiger

Auf die wachsende Bedeutung der Weiterverarbeitung eingehend, sagte Dr. Ochel, gerade bei konjunkturellen Schwankungen auf dem Stahlmarkt, der im besonderen Maße Störungen von außen her unterworfen sei, zeige



Bild rechts: Am Rednerpult Dr. Willy Ochel und neben ihm v.l.n.r.: Aufsichtsratsvorsitzer Dr. Hans Janberg, die beiden Vorstandsmitglieder Dr. Erich Wilhelm Schulte und Dr. Harald Koch und weiter Notar Dr. Spieker und die Aufsichtsratsmitglieder Wilhelm Hansmann, Johann Szczepanski, Heinrich Hölscher, Albert Pfeiffer, Helmut Latta, Karlheinz Troche, Paul Hoffmann, Josef Weber und Fritz Salm



sich die zunehmende Bedeutung unseres Handels und noch mehr unserer Weiterverarbeitung für den Absatz unseres Stahles. Zur Zeit nähmen unsere Werke und Handelsgesellschaften rund 42 v.H. der Walzwerkserzeugnisse der Westfalenhütte ab. So habe die Dörken AG mit ihren 200 Beschäftigten im letzten Geschäftsjahr 20000 Tonnen Vormaterial von der Westfalenhütte bezogen; unsere Rohrwerke verarbeiteten etwa 100000 Tonnen Band und Bleche. Die Bedeutung unserer weiterverarbeitenden Werke sei so gesehen größer als sie ihrem Anteil am Jahresergebnis entspricht. Zudem hätten einige der Verarbeitungsbetriebe im Verhältnis zu ihrer Beschäftigtenzahl und zu ihrem Geschäftsumfang durchaus beachtlich zum Jahresergebnis beigetragen.

Der hohe Leistungsstand, den die Stahlindustrie erreicht habe, zwingt dazu, dem Verbrauch des Stahles noch größere Aufmerksamkeit zu schenken und ihm neue Anwendungsbereiche zu erschließen. Solche Überlegungen bestimmten uns bereits in den letzten Jahren, als wir das Rohrwerk Hagen, das Spiralrohrwerk Barop und – gemeinsam mit Mannesmann in Mündelheim – das Großrohrwerk Mannesmann-Hoesch bauten. Wie recht wir getan hätten, gehe daraus hervor, daß ein kürzlich vom Großrohrwerk Mannesmann-Hoesch hereinge-

nommener Rohrauftrag über 200000 Tonnen zur Festigung des Grobblechmarktes und damit des Stahlmarktes insgesamt entscheidend beigetragen habe.

Neue Absatzgebiete für Stahl

Aus denselben Erwägungen hätten wir vor mehr als zwei Jahren einen kunststoffbeschichteten Stahl, PLATAL, auf den Markt gebracht. Wir wüßten heute, daß dieser Weg richtig war und daß wir hier vor einer weiteren guten Entwicklung stünden. Wörtlich fuhr Dr. Ochel fort: „Gerade in diesen Wochen sind wir dabei, für unseren Stahl ein neues Absatzgebiet zu erschließen. Unter dem Namen TEKTAL haben wir aus PLATAL und mit Kaltprofilen der Walzwerke Hohenlimburg ein Dachsystem entwickelt, das nach den Ergebnissen der in diesen Wochen laufenden Einführungsaktion einen guten Markt finden dürfte.“

Ich habe Ihnen hier unsere Bemühungen dargestellt, für Stahl neue Verwendungszwecke zu finden und unsere Weiterverarbeitung zu stärken, ohne herkömmliche Verarbeitungsbereiche mittelständischer Betriebe zu beeinträchtigen. Stahl ist ein vorzüglicher Werkstoff; auch wenn er auf einzelnen Anwendungsgebieten mit Kunststoff oder mit Aluminium zu kämpfen hat, bleiben ihm in Zukunft große Aussichten und vielseitige Entwicklungsmöglichkeiten. In den nächsten Jahren werden unsere Arbeit und unsere Investitionen besonders diesen Aufgaben gelten.“

Auch härterem Wettbewerb gewachsen

Zur Ertragslage unserer Werke und Gesellschaften sagte Dr. Ochel:

„Unsere Schachthanlagen haben ohne Verlust gearbeitet, obwohl die vollen Abschreibungen verrechnet wurden. Wir verhehlen nicht, daß wir die weitere Entwicklung im Bergbau mit Sorge betrachten. Mit den weiter steigenden Kosten, insbesondere den Personalkosten, die bekanntlich im Bergbau entscheidend sind, werden die Erlöse und Erträge nicht Schritt halten. Wir sehen keine Möglichkeit mehr, neue Tarifierhöhungen durch Kostensenkung oder durch Rationalisierung aufzufangen. Dabei haben wir volles Verständnis dafür, daß der Bergmann bei seiner schweren Arbeit in der Lohnskala nicht weiter abfallen darf.“

In den letzten beiden Monaten hat sich der Auftragseingang für Walzstahl unverkennbar be-

lebt; insbesondere die Entwicklung im März, der den höchsten Auftragseingang für Walzstahlfertigerzeugnisse seit März 1960 in Höhe von 1,8 Millionen Tonnen brachte, spricht dafür, daß auch die Erlöse und damit die Erträge wieder besser werden.

Auch in der Weiterverarbeitung wird wie überall der Wettbewerb härter und die Möglichkeit, Kostensteigerungen aufzufangen oder im Preis weiterzugeben, geringer. Daher sind große Anstrengungen nötig, um mit neuen Entwicklungen neue Märkte zu finden, und damit die Ertragsaussichten zu verbessern.“

Investitionen waren notwendig

Eingehend behandelte Dr. Ochel unsere Investitionen und sagte: „In der konsolidierten Bilanz zum 30. September 1961 weisen wir die Investitionen einschließlich der Veränderungen bei unfertigen Neuanlagen und bei Vorauszahlungen auf Neuanlagen mit DM 342 Millionen aus. Diese Investitionen übersteigen die Abschreibungen, die rund DM 130 Millionen betragen haben, um mehr als DM 200 Millionen. Sie werden fragen, ob Investitionen in diesem Ausmaß notwendig waren und verantwortet werden können. Wir müssen diese Frage vorbehaltlos mit Ja beantworten. Unsere Investitionen im Berichtsjahr werden entscheidend dazu beitragen, unsere Kosten zu senken, die Qualität unserer Erzeugnisse weiter zu verbessern und damit den Absatz zu sichern.“

Der weitaus größte Teil der Investitionen, nämlich DM 237 Millionen, entfällt auf die Westfalenhütte. Dort entstand eine neue Sinteranlage mit einer Kapazität von 100000 Monatstonnen, für die bisher DM 42 Millionen ausgegeben wurden und deren Gesamtkosten mit der noch im Bau befindlichen Erzbrech- und -siebanlage sowie mit der zentralen Erzumschlaganlage etwa DM 60 Millionen betragen werden. Mit dieser neuen Anlage haben wir eine Sinterkapazität von 180000 Monatstonnen, von der wir der Dortmund-Hörder Hüttenunion im Rahmen unserer Zusammenarbeit 30000 Tonnen zur Verfügung stellen. Nunmehr können wir 70 v.H. des Möllers in Form von Sinter einsetzen. Damit sinken unsere Roheisenkosten.

Das zweite große Investitionsvorhaben war der Bau des Kaltwalzwerks mit einem Aufwand von bisher DM 107 Millionen. Die Gesamtkosten der Anlage werden sich mit der im laufenden Geschäftsjahr inzwischen fertiggestellten Beize und mit der im August dieses Jahres betriebs-



bereiten Dressieranlage auf etwa DM 120 Millionen belaufen. Die alten Reversiergerüste aus den Jahren 1937/38 waren qualitativ und kostenmäßig nicht mehr wettbewerbsfähig. Mit der neuen Fünffach-Tandem-Kaltwalzstraße sind wir allen Anforderungen unserer Abnehmer, vor allem auch der Kraftfahrzeugindustrie und der Gebrauchsgüterindustrie, gewachsen. Diese moderne Fünffach-Tandem-Kaltwalzstraße war notwendig, um den Marktanteil, den Hoesch von jeher auf dem Gebiet der Flachprodukte hat, zu halten; sie wird entscheidend dazu beitragen, in der weiteren Entwicklung unsere Marktstellung auf diesem Gebiet zu sichern."

Sinteranlage und Kaltwalzwerk erfüllen alle Erwartungen

Die beiden großen Anlagen, Sinteranlage und Kaltwalzwerk, sind gegen Ende des Geschäftsjahres 1960/61 in Betrieb genommen worden. Schon heute ließe sich sagen, so betonte Dr. Ochel, daß sie unsere Erwartungen erfüllen. Mit dem hohen Einsatz von Sinter und mit dem damit verbesserten Möller gehe der Koksverbrauch je Tonne Roheisen merklich zurück. Während er 1953 noch 972 Kilo betragen habe, war er im März 1962 nur 635 Kilo je Tonne Roheisen, und die Tagesleistung der Hochöfen sei angestiegen, so daß wir zur Zeit dieselbe Menge Roheisen, für die wir früher fünf Hochöfen, sodann vier Hochöfen benötigten, heute bereits mit drei Hochöfen erzeugten. Ein Koksverbrauch je Tonne Roheisen von 600 Kilo und Tagesleistungen unserer großen Hochöfen von 1800 bis 2000 Tonnen, die dank der neuen Sinteranlage möglich seien, würden bereits zeitweilig erreicht und beeinflussen nach entsprechender Ausrichtung unserer Erzversorgung die ständige Leistung und die Roheisenkosten entsprechend günstig. Wenn wir die Sinteranlage vor allem aus Kostengründen hätten bauen müssen, so solle uns das neue Kaltwalzwerk, dessen Erzeugnisse den heutigen hohen Qualitätsansprüchen in jeder Weise genügen, den Absatz sichern helfen. Während wir mit der alten Anlage monatlich höchstens 16000 Tonnen hätten herstellen können, seien im März bereits 24000 Tonnen erzeugt worden.

▼ Dr. Willy Ochel berichtete als Vorsitzender des Vorstandes über Lage und Entwicklung unserer Werke und Gesellschaften



Verbesserungen im Bergbau

„Auch im Bergbau haben wir alle Anstrengungen gemacht“, so fuhr Dr. Ochel wörtlich fort, „die Leistungsfähigkeit unserer Schachtanlagen, Kokereien und Energiebetriebe zu verbessern. Ein beträchtlicher Teil unserer Investitionen galt dem Ausbau des Zentralschachtes der Zeche Fritz-Heinrich. Dieser Schacht wird auch die Förderung aus dem im Tausch von der Bergwerksgesellschaft Hibernia erworbenen Felde Wilhelmine-Victoria übernehmen. Die im vorigen Jahr begonnene Verbindungsstrecke zwischen Fritz-Heinrich und Wilhelmine-Victoria ist am 5. April 1962 durchschlägig geworden. Wir haben jetzt die Möglichkeit, den Abbau aus der steilen Lagerung von Fritz-Heinrich einzuschränken und in die flache Lagerung auf Wilhelmine-Victoria, die beste Mechanisierungsmöglichkeiten bietet, zu verlagern. Gleichzeitig wird damit erreicht, daß durch eine einheitliche Abbauführung in den Feldern Fritz-Heinrich und Wilhelmine-Victoria unverhältnismäßig hohe Bergschädenkosten vermieden werden. Die aus der Verbindung der beiden Schachtanlagen folgende betriebliche Verbesserung wird die Schichtleistung und die Förderkosten günstig beeinflussen.“ Über den heutigen Stand der Investitionen sagte Dr. Ochel:

„Die bereits genehmigten und noch abzuwickelnden Vorhaben sind Ergänzungen für die Sinteranlage und für das Kaltwalzwerk. Am Ende des Geschäftsjahres 1961/62 werden sich unsere genehmigten und noch abzuwickelnden Investitionen im Rahmen einer Jahresabschreibung von etwa DM 130 Millionen halten. Wie in der Vergangenheit werden wir auch diesmal den Jahren besonderer Investitionen einen Konsolidierungszeitraum folgen lassen und während der nächsten zwei bis drei Jahre die Investitionen auf das normale Maß zurückführen. Diese Möglichkeit ist um so mehr gegeben, weil mit den im Laufe dieses Jahres fertig werdenden Neubauten alle unsere Anlagen gut aufeinander abgestimmt, betriebsbereit und leistungsfähig sein werden. Daß unsere Investitionen nicht übertrieben waren, mögen Sie daran erkennen, daß wir trotz der beachtlichen Investitionen der zurückliegenden Jahre und insbesondere des Berichtsjahres unseren Anteil an der Rohstahlerzeugung der Bundesrepublik nicht erhöhten.“

Außergewöhnliche Anstrengungen sichern die Stellung auf dem Markt

Ich habe vor Jahresfrist an dieser Stelle erklärt, daß wir zwar ‚expansionsfreudig‘, aber nicht weniger ‚konsolidierungsbeflissen‘ sind. Aus unternehmerischer Verantwortung mußten wir im Berichtsjahr die außergewöhnlichen Investitionsanstrengungen auf uns nehmen, um die Qualität unserer Erzeugnisse zu verbessern und die Kosten zu senken. Damit sind aber zugleich auch die Voraussetzungen geschaffen, daß wir selbst unter schwierigen Marktverhältnissen wettbewerbsfähig bleiben und unsere Marktstellung halten können. Mit aller Klarheit möchten wir herausstellen, daß wir wie alle anderen Stahlunternehmen ohne diese große Investitionsanstrengungen heute und noch mehr in Zukunft auf dem Inlandsmarkt und auf den internationalen Märkten nicht mehr wettbewerbsfähig sein würden. Ohne die Rationalisierungserfolge hätten wir die hohen Abschreibungen nicht verdienen und die guten Erträge in den letzten Jahren nicht erzielen können. An dieser Stelle müssen wir jedoch auch feststellen, daß den Rationalisierungseffekt, den die großen Investitionen gebracht haben, zu einem

beachtlichen Teil die gestiegenen Personalkosten und die Arbeitszeitverkürzung aufgezehrt haben. Wir sind der Auffassung, daß sich die Tarifierhöhungen im Durchschnitt im Rahmen der Produktivitätsentwicklung halten müssen. Jeden Verantwortlichen muß es mit Sorge erfüllen, wenn die Lohn- und Gehaltserhöhungen – nachdem ein gewisser Rückstand der Löhne und Gehälter aufgeholt wurde – den Produktivitätszuwachs übersteigen.

Wir müssen aber noch weitere Überlegungen anstellen. Nach den vorliegenden zuverlässigen Untersuchungen wird in der Bundesrepublik nach der Altersstruktur der Bevölkerung die Zahl der Beschäftigten – im Gegensatz zu anderen europäischen Völkern, die mit uns in der Montanunion oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen sind – bis 1970 nicht steigen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß wir den Mangel an Arbeitskräften durch Aufnahme ausländischer Arbeiter ausgleichen können. Wir müssen daher mit allem Ernst fragen, ob es in Anbetracht dieser Entwicklung und dieser Verhältnisse vertretbar ist, die Arbeitszeitverkürzung, in der wir ohnehin anderen europäischen Ländern beträchtlich vorausgeeilt sind, noch weiter voranzutreiben; täten wir das, so würden wir die Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ernstlich gefährden. Diese Frage sollte jeder ohne Ressentiments, aber im Bewußtsein der Verantwortung, die wir alle gemeinsam zu tragen haben, gewissenhaft prüfen.“

Nachdem Dr. Ochel festgestellt hatte, daß wir die großen Investitionen in den zehn Jahren seit der Verordnung ohne Kapitalerhöhung bewältigt hätten und zur Zeit die Lage am Kapitalmarkt gegen eine solche Maßnahme spreche, wandte er sich der Energiepolitik zu:

Klare Energiepolitik vertreten

„Seit Jahren sprechen wir an dieser Stelle über die Schwierigkeiten des Steinkohlenbergbaus und über die Strukturkrise, in der er sich befindet. Seit Jahren drängen auch wir darauf, daß klare energiepolitische Vorstellungen in einem Energieplan der Bundesregierung ihren Niederschlag finden. Ohne echte wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Lizenzierung der Öleinfuhr, wird der Kohle- und Koksumsatz weiter zurückgehen. Aber selbstverständlich muß auch der Kohlenbergbau das Seine tun, um diese Entwicklung aufzuhalten. Unseres Erachtens ist eine verstärkte positive und negative Rationalisierung zunächst in jedem Betrieb, dann aber über den gesamten Industriezweig hin unabdingbare Voraussetzung zur Gesundung des Kohlenbergbaus. Dazu gehört auch die Stilllegung unwirtschaftlich arbeitender Zechen.“

Mit dieser Auffassung haben wir manchen Widerspruch – recht betrachtet allerdings nicht gegen das Grundsätzliche unserer Ansicht – ausgelöst. Die einen meinen, der Bergbau solle mit der Stilllegung von Grenzzechen warten, bis die anderen Montanunion-Länder ihre noch schlechteren Anlagen stillgelegt hätten. Andere sehen eine Fördereinschränkung geringeren Umfanges als Anpassungsmaßnahme für ausreichend an. Wir halten beide Einwände für unerheblich.

Je früher mit der Stilllegung bewußt begonnen wird – ohne Rücksicht darauf, was der Bergbau anderer Länder tut –, desto eher schaffen wir die Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit der Anlagen und für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Welche Tonnanzahl richtig ist, wird sich später erweisen, denn niemand denkt daran, die in Frage kommenden Anlagen auf einmal



▲ Mit großem Interesse verfolgen die Aktionäre den Bericht Dr. Ochels über das vergangene Geschäftsjahr

stillzusetzen. Aber mit den notwendigen Maßnahmen muß begonnen werden. Die Ergebnisse dieser Rationalisierungsmaßnahmen wären:

1. In Zukunft brauchten weder Kohle noch Koks zu Verlustpreisen verkauft zu werden – das bedeutet eine Verbesserung der Erlöse.
2. Die verbleibenden Zechen wären besser ausgelastet – das bedeutet eine Verbesserung der Selbstkosten.
3. Der Bergmann hätte wieder das Gefühl, daß sein Arbeitsplatz gesichert ist.

Wir fühlen uns zu diesen Vorschlägen berechtigt, da wir im Sinne dieser Auffassungen das Unsere längst getan haben. Seit 1957 haben wir unsere Förderung um 12,02 v. H. gesenkt gegenüber nur 5,78 v. H. im Durchschnitt des Ruhrkohlenbergbaus. Nur die Gelsenkirchener Bergwerks AG und die Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG haben ihre Förderung mehr als wir eingeschränkt."

Verarbeitung deutscher Erze

Dr. Ochel behandelte dann ein weiteres Problem, um dessentwillen er auch persönlich angegriffen worden ist: die Verarbeitung deutscher Erze. Diese Frage ist in der Öffentlichkeit nicht immer mit der notwendigen Sachlichkeit gesehen worden. Um den Entschluß verständlich zu machen, mit Ablauf dieses Jahres keine deutschen Erze mehr zu verarbeiten, stellte Dr. Ochel folgendes fest: „Der deutsche Eisenerzbergbau wird nie mehr als 10 v. H. des Erzbedarfs der deutschen Hüttenwerke decken können. Im Gegenteil wird der ständig steigende Stahlverbrauch den Anteil der deutschen Erze an der Versorgung unserer Hüttenwerke noch weiter zurückgehen lassen. Auch mögliche

politische Entwicklungen oder Devisenmangel bei einer passiven Außenhandelsbilanz sind daher kein Grund, den unrentablen deutschen Erzbergbau mit hohen Subventionen am Leben zu erhalten; denn er kann eben auch in Notzeiten – mögen sie wirtschaftlich oder politisch bedingt sein – nicht annähernd unsere Erzversorgung sicherstellen.

Vor allem aber sind die Roheisenkosten bei der Verhüttung deutscher Erze beträchtlich höher als bei ausländischen Erzen. Wenn die Westfalenhütte mit Ablauf dieses Jahres keine deutschen Erze mehr verarbeitet, erzielt sie Kostenersparnisse von nahezu DM 6 Millionen jährlich.

Aber gerade auch aus sozialer Verantwortung sollte man solche Stilllegungsfragen nicht anstehen lassen, bis ihre Lösung aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus unvermeidbar geworden ist. Fragen dieser Art müssen in guten Zeiten erledigt werden, weil sich dann die sozialen Schwierigkeiten, die wir nicht verkennen, für die betroffenen Menschen wesentlich leichter lösen lassen. Jedenfalls weisen meine Kollegen und ich den Vorwurf, wir hätten die soziale Seite dieser Frage nicht berücksichtigt, entschieden zurück."

Verzerrungen im Wettbewerb beeinträchtigen deutschen Stahlmarkt

Zu den Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt und deren Auswirkungen auf den deutschen Stahlmarkt, erklärte Dr. Ochel, der erhebliche Preisrückgang am deutschen Stahlmarkt sei vor allem darauf zurückzuführen, daß innerhalb des Gemeinsamen Marktes die Lieferungen von einem Land in das andere bei der Ausfuhr in unterschiedlicher Höhe von der Umsatzsteuer entlastet und bei der Einfuhr wiederum unterschiedlich belastet würden. Die Folge hiervon sei, daß französischer Stabstahl in Oberhausen um DM 30,- je Tonne billiger als deutscher Stahl angeboten werde, während deutscher Stahl in Thionville um DM 88,- je

Tonne teurer als französischer Stabstahl sei. „In letzter Zeit ist zur Milderung dieses für uns unerträglichen Zustandes immer wieder – auch von uns – gefordert worden", so sagte Dr. Ochel, „die Bundesregierung möge wenigstens die Umsatzausgleichsteuer, die die Bundesrepublik bei der Einfuhr von Walzwerkserzeugnissen heute mit 6 v. H. erhebt, auf den Satz erhöhen, der der tatsächlichen Belastung der inländischen Walzwerkserzeugnisse mit Umsatzsteuer entspricht. Diese Maßnahme ist ein Gebot der Gerechtigkeit und läßt sich schnell und ohne besondere Schwierigkeiten durchführen. Auf längere Sicht allerdings sollte man folgende Lösung anstreben: Um die von allen Sachkennern zugegebenen Wettbewerbsverzerrungen möglichst bald und sogar ohne Änderung der Steuersysteme in den Staaten der Gemeinschaft zu beseitigen, sollte unseres Erachtens das Ursprungslandprinzip bei grenzüberschreitendem Verkehr innerhalb des Gemeinsamen Marktes angewandt werden. Dieses Ursprungslandprinzip bedeutet – kurz gesagt –, daß jede Ware die Steuern zu tragen hat, die das Land der Herstellung erhebt.

Keine Zollgrenzen – keine Steuergrenzen

Wenn mehrere Staaten sich zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, dann ist doch in dem hierdurch entstandenen Gemeinsamen Markt ein „Export“ oder ein „Import“ beim grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb des Gemeinsamen Marktes begrifflich nicht mehr möglich. Es sollten daher ganz konsequent in einem gemeinsamen Markt alle für den Export und Import geltenden Vorschriften für Erstattung und Erhebung indirekter Steuern nicht angewendet werden.

Wenn es also schon möglich ist, in dem großen gemeinsamen Markt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Binnenzölle in dem in den Verträgen von Rom vorgeschriebenen Zeitraum allmählich zu beseitigen, so könnten wir in derselben Zeit auch im entsprechenden Um-

fang die Ent- und Belastungen beim grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb des gemeinsamen Marktes beseitigen.

Auch im Verhältnis zu dritten Ländern kann man nach unserer Meinung eine den Zöllen entsprechende Lösung finden. Die unterschiedlichen Zölle gegenüber dritten Ländern sollen im gleichen Zeitraum wie der Zollabbau innerhalb des Gemeinsamen Marktes durch einen einheitlichen Außenzoll gegenüber dritten Ländern ersetzt werden. Entsprechend könnte man die Ent- und Belastung durch Umsatzsteuer bei der Aus- und Einfuhr im Verkehr mit dritten Ländern in derselben Zeit auf gleiche Sätze des Warenwertes bringen. Diese Maßnahme hat unseres Erachtens den Vorteil, daß die heutigen Wettbewerbsverzerrungen alsbald gemindert und im Ergebnis aufgehoben würden, ohne daß die Staaten der Europäischen Gemeinschaft gezwungen wären, ihre Steuersysteme grundsätzlich zu ändern."

Diese Wettbewerbsverzerrungen beeinträchtigten unsere Eisen- und Stahlindustrie besonders stark, so betonte Dr. Ochel, weil innerhalb der Montanunion schon seit 1952 ein zoll- und kontingentfreier Warenverkehr für Montanunion-Erzeugnisse bestehe. Dies sei auch in dem 1953 geführten Steuerstreit innerhalb der Montanunion im Grundsatz anerkannt; nur habe man das Ursprungslandprinzip seinerzeit nicht für den Teilbereich der Montanunion-Erzeugnisse eingeführt und für die übrigen Waren das Bestimmungslandprinzip bestehen lassen.

Nachdem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft alle Erzeugnisse der beteiligten Länder umfaßt, müßte das Prinzip der Ursprungslandbesteuerung nunmehr innerhalb dieser Gemeinschaft bei gutem Willen auch beschleunigt eingeführt werden können. Man sollte also nicht nur die Zollgrenzen, sondern müsse im gleichen Umfang und im gleichen Zeitablauf die entsprechenden Steuergrenzen beseitigen.

So begann das laufende Geschäftsjahr

Nachdem Dr. Ochel über den Verlauf des Geschäftsjahres 1960/61 berichtet hatte, schloß er mit einer kurzen Betrachtung über die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres und sagte:

„Die Absatzverhältnisse für die Schachtanlagen haben sich auch im laufenden Geschäftsjahr nicht geändert. Auf unseren Schachtanlagen stieg die Leistung je Mann und Schicht unter Tage weiter an; mit 2449 Kilo lag die Schichtleistung im März 1962 um 57 Kilo über dem Ruhrdurchschnitt.

Die Werke der Weiterverarbeitung haben sich auch im laufenden Geschäftsjahr durchaus erfreulich entwickelt. Die Schmiedag, Maschinenfabrik Deutschland, Schwinn und andere konnten ihren Umsatz noch steigern, die übrigen ihn im allgemeinen halten. In den ersten fünf Monaten erzielten die Verarbeitungsgesellschaften einen Umsatz, der fast 5 v. H. über dem des Vorjahres lag.

Dagegen war die Entwicklung bei unserem Hüttenwerk und bei den Walzwerken von der Lage am Stahlmarkt bestimmt. Der Auftragszugang der Westfalenhütte, der im Oktober 1961 mit 130 000 Tonnen am niedrigsten war, ist im Februar und März wieder auf rund 180 000 Tonnen angestiegen. Auch bei den Walzwerken Hohenlimburg und dem Trierer Walzwerk haben sich Auftragseingang und Beschäftigung gebessert.

Für den Hoesch-Organkreis insgesamt ergibt sich für die ersten fünf Monate ein Umsatzrückgang von etwa 9 v. H. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Umsatzentwicklung im März war dagegen weit besser;

nach dem vorliegenden Auftragsbestand und nach dem zu erwartenden Auftragseingang versprechen wir uns auch für den Rest des Geschäftsjahres eine weitere günstige Entwicklung, so daß wir einen Teil des Umsatzrückganges sicherlich aufholen werden. Der Umsatzrückgang von etwa 9 v. H. bei unseren Werken und Gesellschaften entspricht den Verhältnissen bei anderen vergleichbaren Unternehmen.

In Anbetracht des ansteigenden Auftragszuges rechnen wir daher nicht nur mit ausreichender Beschäftigung, sondern ebenso mit höheren Erlösen und entsprechend besseren Erträgen. Ob allerdings die in den ersten sechs Monaten wie in der gesamten Stahlindustrie auch bei uns eingetretene Erlös- und Ertragsminderung im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres voll aufgeholt werden kann, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen."

Zuversicht in der Stahlindustrie

Die weitere Entwicklung für unser Hüttenwerk und für unsere Walzwerke, so sagte Dr. Ochel, werde durchaus zuversichtlich beurteilt, weil der Stahl als Werkstoff noch äußerst entwicklungsfähig sei. Diese Feststellung gelte grundsätzlich für die Bundesrepublik wie für die gesamte Welt, insbesondere aber auch für die jungen Entwicklungsländer.

In vielen Ländern stehe die Industrialisierung ganz am Anfang und selbst in der Bundesrepublik könnten wichtige stahlverarbeitende Industrien, wie der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die Verpackungsindustrie und die Bauwirtschaft, noch mit einer recht expansiven Entwicklung rechnen. Die eisenverarbeitende Industrie dürfe nicht aus der Sicht kurzfristiger zyklischer Konjunkturbewegungen beurteilt werden, sondern unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklung, für die wir in der Stahlindustrie zuversichtlich seien.

Wir müssen weiterhin langfristig planen

„Unsere Planungen müssen sich“, so sagte Dr. Ochel wörtlich, „auf diese langfristige Entwicklung einstellen, mit unseren Investitionen müssen wir der allgemeinen Entwicklung des Stahlverbrauchs entsprechen.

Unsere Investitionspolitik in der Vergangenheit hat sich als richtig erwiesen. In den vergangenen Jahren haben wir sehr viel zur inneren Stärkung unseres Unternehmens getan. Nach Überwindung der lagerzyklisch bedingten rückläufigen Entwicklung in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres sind mit dem guten technischen Stand unserer Werke alle Voraussetzungen geschaffen, auch ertragsmäßig wieder den Anschluß an die guten hinter uns liegenden Jahre zu finden.

Ich möchte meinen Bericht nicht schließen, ohne auch an dieser Stelle festzustellen, daß die Erfolge des abgelaufenen Geschäftsjahres der harmonischen Zusammenarbeit aller Werke und Gesellschaften untereinander und dem vorbehaltlosen Einsatz aller Werksleitungen mit ihren Mitarbeitern zu verdanken sind. Ihnen allen gilt heute unser herzlicher Dank.

Sie aber, meine Damen und Herren, dürfen die Gewißheit haben, daß wir alles daransetzen werden, unsere Gesellschaft, Ihr Unternehmen, gesund und leistungsfähig zu erhalten."

Fragen an die Verwaltung

Dr. Janberg dankte Dr. Ochel für den eingehenden Bericht und ging dann auf einige wesentliche Punkte des Geschäftsberichtes ein.

Er stellte noch einmal fest, daß das vergangene Geschäftsjahr ein Jahr außergewöhnlich hoher Investitionsanstrengungen war, die zu einem beträchtlichen Teil durch kurzfristige Mittel finanziert wurden. Die lang- und mittelfristigen Fremdmittel seien im Berichtsjahr um DM 17 Millionen zurückgegangen, dagegen hätten die kurzfristigen Verbindlichkeiten um DM 148 Millionen zugenommen. Da am 30. September 1961 die noch zu erwartenden Verpflichtungen für begonnene Neubauvorhaben DM 240 Millionen betrugen, sei es – bei Jahresabschreibungen von etwa DM 130 Millionen – naturgemäß ein vordringliches Anliegen der Verwaltung, die Verschuldung zu konsolidieren. Die Verwaltung habe sich aber aus den von Herrn Dr. Ochel erwähnten Gründen nicht entschließen können, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Erhöhung des Grundkapitals vorzuschlagen. Dr. Janberg wies im übrigen darauf hin, daß die Eigenfinanzierung durch Kapitalerhöhung die teuerste Art der Finanzierung sei und deshalb bei rückläufigen Erträgen eher auf bessere Zeiten aufgeschoben werden solle. Die Verwaltung glaube, die kurzfristige Verschuldung als vorübergehende Maßnahme auch deshalb vertreten zu können, da gerade mit den durchgeführten Investitionen weitere Voraussetzungen für eine Konsolidierung geschaffen wurden. Dr. Janberg nahm dann zu den vor der Hauptversammlung veröffentlichten Oppositionsankündigungen von zwei Aktionären Stellung. Wegen der von diesen Aktionären gestellten Frage nach dem tatsächlichen Gewinn des Berichtsjahres verwies er zunächst auf Seite 45 des Geschäftsberichtes. Dort sei ausgeführt, daß von den Besitz- und Ertragssteuern 54 v. H. auf Ertragssteuern für 1960/61 und 22 v. H. auf nachzuzahlende Ertragssteuern für Vorjahre entfallen. Die Ertragssteuern des Berichtsjahres seien um fast DM 7 Millionen niedriger als im Vorjahr. Die Höhe der Ertragssteuern gäbe jedoch keinen Anhalt für den verfügbaren Gewinn.

Dr. Janberg erinnerte dann daran, daß unsere Gesellschaft in jedem der letzten drei Jahre von je DM 100 Umsatz DM 2,30 an die Aktionäre als Dividende gezahlt habe. Dagegen hätten die acht anderen mit uns vergleichbaren Montangesellschaften im Durchschnitt für 1961 DM 2,15, für 1960 DM 2,02 und für 1959 DM 2,10 ausgeschüttet. Der Vorwurf eines Aktionärs, die Verwaltung sei aktionärsfeindlich, sei daher auch dann nicht gerechtfertigt, wenn die Verwaltung der Anregung, aus Anlaß des 90jährigen Bestehens unserer Gesellschaft einen Bonus auszuschütten, nicht gefolgt sei. Die Höhe der Dividende habe sich auch bei unserem Unternehmen nach dem ausschüttungsfähigen Gewinn, nicht nach der Dauer des Bestehens der Gesellschaft zu richten.

In der anschließenden Diskussion, an der sich sechs Aktionäre beteiligten, wurde vor allem die Finanzierung der Investitionen behandelt. Dr. Janberg erklärte, daß nach Ansicht der Verwaltung für eine Erhöhung des Grundkapitals ein günstigerer Zeitpunkt gewählt werden sollte. Die Zwischenfinanzierung des laufenden Kapitalbedarfs sei zum überwiegenden Teil durch einen Kredit zu günstigen Bedingungen sichergestellt.

Aus den Antworten der Mitglieder des Vorstandes auf weitere Fragen von Aktionären dürfte folgendes von allgemeinem Interesse sein: Bergassessor a. D. Hellmut Hansen beantwortete Fragen, die den Bergbau allgemein und die Hoesch-Zechen insbesondere betrafen.

Dr. Erich Wilhelm Schulte ging auf die Frage des Aktionärs Dr. Koch von der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre nach den Rückstellungen ein und sagte, die kurzfristigen Rück-



▲ Während der Ansprache über den Geschäftsbericht beantwortete der Vorstand viele Aktionärsfragen. V.l.n.r. Bergassessor a. D. Paul Schulte-Borberg, Bergassessor a. D. Hellmut Hansen, Gerhard Elkmann, Dr. Willy Ochel, Aufsichtsratsvorsitzer Dr. Hans Janberg, Dr. Erich Wilhelm Schulte, Dr. Harald Koch und Notar Dr. Spieker

stellungen hätten zum 30. September 1961 DM 155,3 Millionen betragen. Für Personalaufwendungen seien DM 39,8 Millionen zurückgestellt worden, einschließlich der Aufwendungen für Weihnachtsgeld und Jahresabschlußvergütung. Von den Rückstellungen für betriebliche Aufwendungen in Höhe von DM 35,4 Millionen entfielen ein wesentlicher Teil auf strittige Umlagen der Brüsseler Schrottausgleichskasse. Die sonstigen Rückstellungen betrügen DM 38,4 Millionen, davon für die Notgemeinschaft deutscher Kohlenbergbau DM 5,5 Millionen. Für Steuern seien DM 41,7 Millionen zurückgestellt; dieser Betrag enthalte die Körperschafts- und Gewerbeertragssteuer für 1960/61 abzüglich der darauf bereits geleisteten Vorauszahlungen.

Von den Erträgen aus Beteiligungen, die in der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung mit DM 8,9 Millionen ausgewiesen werden, entfielen etwa je die Hälfte auf Organschaftsergebnisse, die wir von der Dolomit-Werke GmbH, Wülfrath, und der Eisen und Metall AG, Gelsenkirchen, übernommen haben, und auf Dividenden erträge aus den Beteiligungen, die auf Seite 57 unseres Geschäftsberichtes aufgeführt worden seien. Als Verlust aus Beteiligungen werde in der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung vor allem der von uns anteilig übernommene Verlust des Großrohrwerkes Mannesmann-Hoesch GmbH für 1960 ausgewiesen.

Von den Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von DM 3,9 Millionen würden 2,3 Millionen unsere Auslandsbeteiligungen betreffen. Darüber hinaus hätten wir 1,1 Millionen auf unsere Beteiligung an der Harz-Lahn-Erzbergbau AG, Bad Harzburg, und 0,5 Millionen auf sonstige

Beteiligungen in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Gesellschaften abgeschrieben. Die Notwendigkeit dieser Abschreibungen dürfte auch steuerlich anerkannt werden.

Die Frage nach der Bewertung der Haldenbestände an Kohle und Koks beantwortete Dr. Schulte dahin, daß sie zu Verrechnungspreisen abzüglich eines Abschlags von 40 v. H. bewertet worden seien. Ob der Bewertungsabschlag eine Reserve enthalte, müsse sich in der Zukunft erweisen, wenn feststehe, zu welchen Preisen diese Bestände verkauft werden können.

Gerhard Elkmann nahm dann zu Fragen der Erzversorgung Stellung und behandelte den gemeinsamen Einkauf ausländischer Erze mit anderen Hüttenwerken an der Ruhr und die Notwendigkeit langfristiger Lieferverträge für Erz. Dr. Harald Koch beantwortete sodann die Fragen nach der Höhe des Weihnachtsgeldes und der Jahresabschlußvergütung. „In den DM 44 Millionen, die als Soziale Aufwendungen ausgewiesen sind“, so sagte er, „sind DM 17,5 Millionen für das Weihnachtsgeld und DM 17 Millionen für die Jahresabschlußvergütung enthalten.“ Für den einzelnen Mitarbeiter ergebe sich ein Weihnachtsgeld von DM 317,-, die Jahresabschlußvergütung betrage 48 v. H. eines Monatsgehaltes oder Lohnes und erreiche im Gesamtdurchschnitt DM 310,- bis 320,-. Zweifellos habe sich die Regelung bewährt, das Weihnachtsgeld nach Kopfbeträgen, die Jahresabschlußvergütung aber individuell nach der Höhe des Lohnes oder Gehaltes auszus zahlen. Die Vergütungen seien durch eine Betriebsvereinbarung aus dem Jahre 1956 festgelegt. Auf diese Vereinbarung und die durch sie begründeten sozialen Leistungen seien auch zu großem Teil das gute Betriebsklima und der geringe Arbeitsplatzwechsel innerhalb des Hoesch-Konzerns zurückzuführen. Jedeszehnte Belegschaftsmitglied sei über 25 Jahre bei Hoesch, jedes dritte Belegschaftsmitglied zwischen 15 und 25 Jahren, 20 v. H. der Beleg-

schaftsmitglieder zwischen sechs und zehn Jahren, so daß nur 40 v. H. weniger als fünf Jahre bei Hoesch beschäftigt seien. Besonders günstig erscheine das Bild der Westfalenhütte; aber auch in unseren Bergbaubetrieben sei die Fluktuation niedriger als in anderen vergleichbaren Unternehmen.

So wurde abgestimmt:

Nach der Aussprache über den Geschäftsbericht und den Jahresabschluß behandelte die Hauptversammlung die übrigen Punkte der Tagesordnung. Die vorgeschlagene Dividende wurde mit einer Mehrheit von 99,5 v. H. der vertretenen Stimmen beschlossen.

Die Hauptversammlung entlastete den Vorstand mit 2824956 Stimmen, das sind 98,8 v. H. gegen 33655 Stimmen bei 210 Enthaltungen, und den Aufsichtsrat mit 2786260 Stimmen, das sind 98,9 v. H. gegen 30916 Stimmen bei 140 Enthaltungen. Bei der Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes gaben drei Aktionäre Widerspruch zu Protokoll.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes dankte Dr. Janberg für das bewiesene Vertrauen.

In der Abstimmung über den letzten Punkt der Tagesordnung wurde die Deutsche Treuhandgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1961/62 gewählt.

Mit einem herzlichen Wort des Dankes an alle Aktionäre und Gäste für die lebhafteste Anteilnahme schloß Dr. Janberg die Hauptversammlung.

Der Aufsichtsrat hielt im Anschluß an die Hauptversammlung eine konstituierende Sitzung ab, in der Dr. Hans Janberg wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde. Ebenso wurden Oberstadtdirektor i. R. Wilhelm Hansmann zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Staatssekretär Professor Dr. Leo Brandt zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt.



**Wilhelmine-Victoria
und Fritz-Heinrich verbunden**

WIR HABEN EIN LOCH DRAN

„Wir haben ein Loch dran!“ Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht auf unserer Alten-essener Schachtanlage Fritz-Heinrich, griff über den Betrieb hinaus und kehrte wenig später als Echo über das Telefon zurück. Werksdirektor Schwerdtfeger konnte sich vor den Anrufen der Presse kaum retten. Jeder wollte wissen, wie und was geschehen war. Was blieb Hans Schwerdtfeger übrig? Er lud die Reporter zu einer Grubenfahrt ein, und am nächsten Tag stand es dann in allen Zeitungen des Essener Raumes: „Durchschlag zwischen Fritz-Heinrich und Wilhelmine-Victoria geglückt!“

Weshalb Wilhelmine-Victoria zu uns kam

Erinnern wir uns, was vorangegangen war: Am 1. Oktober 1960 erwarb Hoesch im Austausch gegen unser Reservegrubenfeld Haltern die stillgelegte Zeche Wilhelmine-Victoria der bundeseigenen Bergwerksgesellschaft Hibernia, deren Grubenfeld mit dem unserer Schachtanlage Fritz-Heinrich markscheidete. Wäre nämlich auf Wilhelmine-Victoria der Abbau eingestellt worden, hätte sich der Rhein-Herne-Kanal in unserem von zwei Schleusen begrenzten Abbauabschnitt ungleichmäßig gesenkt, und wir hätten hohe Kosten für Baggerarbeiten und den Neubau einer der beiden Schleusen auf uns nehmen müssen. Außerdem ist die hochflüchtige Gaskohle von Wilhelmine-Victoria, die über den Hansenschacht auf Fritz-Heinrich zutage gebracht und auch dort aufbereitet werden soll, eine hochwertige Koks-kohle, die wir gut gebrauchen können.

Was bedeutete also der Ruf: „Wir haben ein Loch dran!“ Nicht mehr und nicht weniger, als daß die beiden Zechen Fritz-Heinrich und Wilhelmine-Victoria nunmehr miteinander verbunden sind, daß eine 2,3 Kilometer lange Verbindungsrichtstrecke zwischen den beiden Grubenfeldern in 810 Meter Teufe fertiggestellt ist.

Das Vermessungsnetz von Fritz-Heinrich stimmte!

Erleichtert atmeten alle Beteiligten auf. Unter ihnen zuerst Markscheider Dr. Schmidt, der dafür verantwortlich war, daß die von Fritz her aufgefahrene Strecke haargenau auf das Gegen-

◀ Nun räumen sie die letzten Kubikmeter Berge fort – die Gesteinhauer der Gewerkschaft Walter, die sich in vier Schichten täglich zu je fünf Mann achtzehn Monate lang durch das Gebirge gearbeitet haben



▲ In der Nacht vom 4. zum 5. April 1962 war es soweit: Fritz Kirschnerleit und Heinz Müller reichten sich die Hände. Nach anderthalb Jahren schwerer Arbeit glückte der Durchschlag auf der Richtstrecke, die nun unsere Schachtanlagen Fritz-Heinrich und Wilhelmine-Victoria verbindet

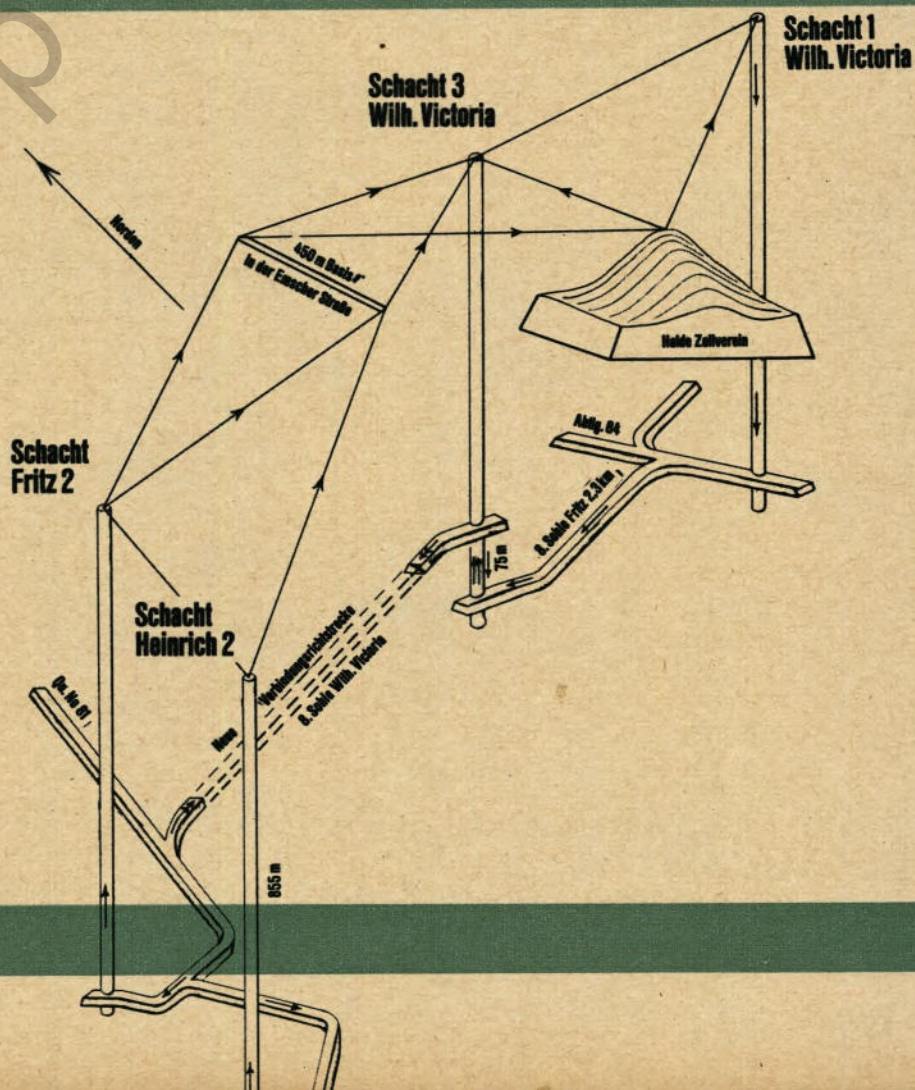
► Um die genaue Richtung der aufzufahrenden Strecke unter Tage zu bestimmen, mußten die Markscheider Richtungen und Längen von Untertage nach Obertage, durch Schächte und über Straßen messen und übertragen

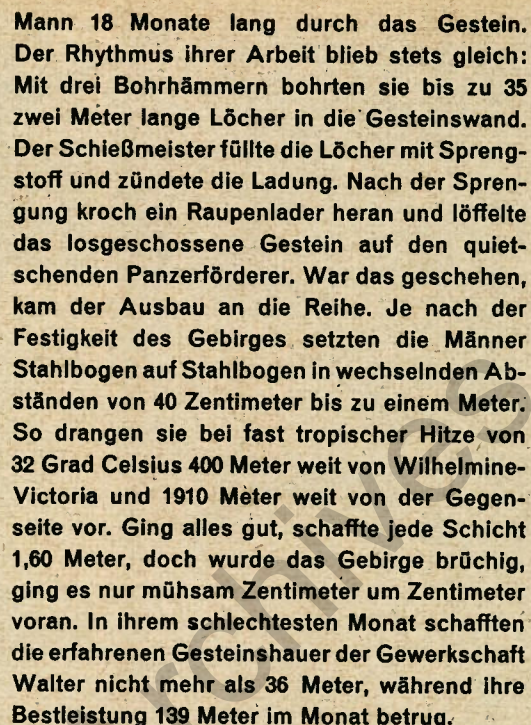
stück von Wilhelmine traf. Beruhigt konnte er nun seinen Rechenschieber aus der Hand legen und den Urlaubsschein ausfüllen.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz war es gelungen, die genaue Richtung der Strecke unter Tage zu bestimmen und einzuhalten. Aber wie? Nun, zunächst mußten von feststehenden Bezugspunkten durch Schächte und Strecken von Unter- nach Übertage und von dort wieder nach Untertage Winkel und Längen gemessen und übertragen werden. Dabei durften weder die Dunkelheit und Enge der Grubenräume noch Temperaturschwankungen, Traufwasser oder wechselnde Wettergeschwindigkeiten die Genauigkeit der Messungen beeinträchtigen.

139 Meter im letzten Monat

Von diesen theoretischen Besorgnissen waren die Hauer der Gewerkschaft Walter frei. Doch hatten sie in der Praxis des Durchbruches mit nicht weniger Schwierigkeiten zu kämpfen. In vier Schichten arbeiteten sie sich zu je fünf





In der Nacht vom 4. zum 5. April 1962

war es dann soweit: Aus dem fast drei Meter hohen Hangenden brachen polternd einige zentnerschwere Gesteinsbrocken, hinter denen sich ein schwarzes Loch auftat. Zugleich kühlte ein frischer Luftzug die erhitzten Gesichter. Nun erkannten die Männer im Schein ihrer Kopflampen hinter dem Durchbruch ein Stück vom Ausbau der Gegenstrecke. Lachend sahen sich die Gesteinshauer an: Nach anderthalb Jahren schwerer Arbeit war der Durchschlag geglückt. Die wichtigste Voraussetzung für den Abbau auf Wilhelmine-Victoria war geschaffen!

[illegible][illegible]

Fritz-Henrich-Werkdirektor Hans Schwendtmeyer kommt auch oft um seine Freizeit, die sich nicht auf einen einzigen Erdbereich beschränkt, sondern die gesamten Schichtanlagen in einer für den Steinkohlenbergbau Anstrengenden Zeit bereist, mit folgendem Argument: „Das ist die wichtigste Aufgabe, die ich mir selbst auferlege, um die verhältnismäßig wenig geübten Kohlenarbeiter der tiefen Lagerung der Altflözesener Schichtanlagen, die sich in der Regel auf 1000 bis 1200 m unter der Erdoberfläche befinden, zu wecken. Und das darf ich nicht allein, sondern ich muß sie auch mit mir durch den Bergbau zu wecken, und das ist ein mühsames, aber ein notwendiges Werk.“

▼ Zufriedene Gesichter am Ort des Durchschlags zeigten Bergassessor a. D. Hellmut Hansen vom Vorstand der Hoesch AG (rechts), Bergassessor a. D. Wilhelm Düllberg vom Direktorium der Hoesch AG Bergbau (links) und Bergassessor a. D. Hans Scherdtfeger, Werkdirektor unserer Schachtanlage Fritz-Heinrich

18

Reihe Einisch-
bernia-AG Bod-
gung investiert

man kauft nach
sch die Preis-
ampf mit dem
ellen die Zi-
rune rund 2,5

Nr. 87 / Samstag, 7. April

über-
rig dort
sportiert
mit je
Essener
nt 1000
i. Nies
Rich-
triebs-
war-
Per-
sonen-
kom-

April 1962

„Wilhelmine-Victoria“

über 1200 Bergleuten

Anschluß erforderte 5 Mill. DM — Abbau von

Ende dieses Jahres wurden wieder über 1200 Bergleute an der Zeche „Wilhelmine-Victoria“ in Hettler tätig sein. Der Kohlabbau wird am 1. Mal wieder aufgenommen. Dies teilte Bergwerksdirektor

stung von etwa 20 Millionen Reichsmark. Damit ist die Henschel AG bei der schätzungsweise 100 Millionen Reichsmark für die Förderung der

Durch Züge

steuervergütet am Donnerstag mit, nachdem in der Nacht die Verbindung der beiden von Heiler und Allentown aneinanderstoßenden Richtkreuzentafe fünf millimetergenau gegliedert war.

Damit konnte die Hoesch-AG diesen aufsteigenden Transitionsfarben (Durchsicht der Adolfsstrolche in dieser Woche, die WAZ vom 28. März) genau abhalten.



This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. A dark binding edge is visible along the top.

Deutsche Eisenerze sind zu teuer

Die Stilllegungsmaßnahmen im deutschen Erzbergbau sind in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert worden. Dr. Willy Ochel hat den Standpunkt von Hoesch in dieser Frage, über die wir mit diesem Bericht auch unsere Mitarbeiter unterrichten möchten, frühzeitig und eindeutig dargelegt – zuletzt während der Hauptversammlung, wie aus unserer Veröffentlichung auf den Seiten 171 bis 177 hervorgeht.

Die Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG als Hauptbeteiligte der Harz-Lahn-Erzbergbau AG hat in Übereinstimmung mit den Mitbeteiligten, der Klöckner AG und uns, vor kurzem in einer Abhandlung „Die Ruhrhütten und der deutsche Eisenerzbergbau“ den gemeinsamen Standpunkt niedergelegt. Diese Ausarbeitung – sie liegt diesem Bericht zugrunde – ist den zuständigen Ministerien, der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, den zuständigen Wirtschaftsverbänden und einer Reihe an dieser Frage interessierten Persönlichkeiten zugestellt worden.

Der deutsche Eisenerzbergbau hat für die Versorgung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie auch in der Vergangenheit nie eine entscheidende Rolle gespielt. Der in der Mitte der dreißiger Jahre aufgestellte Vierjahresplan, der den einheimischen Erzbergbau stark förderte, konnte selbstverständlich an dieser Lage grundsätzlich nichts ändern, da die Selbstversorgung der deutschen Wirtschaft auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung auf die Dauer nicht zu verwirklichen war und ist. Die deutsche Erzförderung stieg aber als Folge dieser Maßnahmen von sechs Millionen Tonnen Roherz im Jahre 1934 auf 10,8 Millionen Tonnen im Jahre 1938.

Auch in den ersten Nachkriegsjahren mußte sich Westdeutschland zwangsläufig soweit irgend möglich selbst versorgen. Damals kam es vor allem darauf an, überhaupt Eisen und Stahl zu erzeugen; die Kosten und die Wettbewerbsfähigkeit spielten eine untergeordnete Rolle.

Die Lage hat sich verändert

Inzwischen hat sich die Lage aber grundlegend geändert. Die deutsche Eisen- und Stahlindu-

strie hat wie die anderer Nationen ihre Werke modernisiert und ausgebaut. Ein nicht unerheblicher Teil dieser erhöhten Stahlerzeugung muß auf dem Weltmarkt im scharfen Wettbewerb abgesetzt werden. Aber auch auf dem deutschen Markt ist die Konkurrenz zum Beispiel der französischen Eisen- und Stahlindustrie verstärkt spürbar. Sie wird nach dem Ausbau des Moselkanals – besonders im süddeutschen Raum – noch größer werden, während die an der Küste entstehenden französischen und belgischen Hüttenwerke dank der niedrigen Seefracht auf dem norddeutschen Markt Absatz suchen werden. Nach dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist auch der Wettbewerb der englischen Stahlindustrie zu erwarten.

Doch nicht nur der wachsende Wettbewerb hat die Lage verändert. Neue große Eisenerzlagstätten wurden in Übersee erschlossen, in denen hochwertige Erze mit geringem Aufwand abgebaut werden. Außer billigem Erz wird auf dem Weltmarkt die für den Hochofen nötige

Kokskohle zu Preisen angeboten, die wesentlich unter den Preisen der Ruhrkohle liegen. Ebenso ist zu berücksichtigen, daß die Transportkosten für Erz und Brennstoffe – vor allem durch große Schiffseinheiten und moderne Verladeanlagen – gesunken sind. Darüber hinaus ist es dem technischen Fortschritt gelungen, den Koksverbrauch je Tonne Roheisen im Hochofen wesentlich zu senken. Der auf den Kohlevorkommen beruhende Standortvorteil der Stahlindustrie des Ruhrgebietes hat daher immer mehr an Bedeutung verloren. Nicht eine vorübergehende konjunkturelle Krise, sondern eine strukturelle Wandlung hat also den deutschen Erzbergbau betroffen.

Erzeugungskosten senken

Aus all den aufgeführten Gründen muß auch die deutsche Eisen- und Stahlindustrie – wo immer es geht – die Kosten der Eisen- und Stahlgewinnung senken, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Da die Erzkosten 55 bis 60 v. H. der Roheisen-



Der niedrige Eisengehalt und der hohe Aufwand in der Gewinnung machen die deutschen Erze so teuer. Unsere Fotos zeigen den Abbau mit dem Bohrhammer und eine Verladestation



kosten ausmachen, muß diese wichtige Aufgabe zweifellos vor allem bei den Erzkosten einsetzen. Die Hüttenwerke an Rhein und Ruhr sahen sich daher gezwungen, auf das zu kostspielige einheimische Erz zu verzichten. Doch auch abgesehen von der Preisfrage ist der Anteil inländischer Erze als Folge der stetig steigenden Roheisenerzeugung zurückgegangen. Innerhalb von zehn Jahren hat sich aus beiden Gründen der Anteil deutschen Erzes am Gesamt-Hochofenmüller der Werke an Rhein und Ruhr um mehr als die Hälfte gesenkt, so daß er heute nur noch etwa 11 v. H. beträgt.

Im deutschen Erzbergbau sind zwei Gruppen zu unterscheiden: die Bergbaubetriebe, die mit einem Hüttenwerk verbunden sind, das in unmittelbarer Nähe des Bergbaugebietes liegt – sogenannte „erzgebundene“ Hütten – und die Bergbaubetriebe, deren Erze über eine weite Entfernung zu den Ruhrhütten befördert werden müssen. Jede der beiden Gruppen verarbeitet etwa die Hälfte der gesamten westdeutschen Eisenerzförderung.

Die erzgebundenen Hütten haben ihren Standort in den Erzgebieten um Ilse-Salzgitter, in Hessen und in Bayern. Die Erzförderung der zu diesen Hütten gehörenden Gruben stieg zwar in den Jahren bis 1960, aber selbst diese Hüttenwerke müssen aus Qualitäts- und Kostengründen immer mehr ausländische Erze hinzunehmen, obwohl sie für das eigene Erz keine Frachtkosten zahlen müssen.

Weshalb sind einheimische Erze zu teuer?

Weshalb sind nun die von den Erzbergbaubetrieben der Rhein-Ruhr-Hütten geförderten Erze vom Harz, von der Lahn, vom Weser-Wiehen-Gebirge, von Württemberg und vom Siegerland wesentlich teurer als das aus dem Ausland eingeführte Erz?

Verschiedene Gründe sind hier zu nennen. So werden die Inlanderze zum großen Teil in kleinen Gruben und mit hohem Arbeitsaufwand gewonnen. Sie haben nur einen niedrigen Eisengehalt, und ihre Aufbereitung ist nur bei einigen wenigen Gruben möglich, weil die Mengen für

eine wirtschaftlich arbeitende Aufbereitungsanlage zu gering sind. Der niedrige Eisengehalt mit seiner vorwiegend sauren Gangart verursacht einen besonders hohen Koksverbrauch und nutzt die mit hohem Investitionsaufwand erstellten Hochofenanlagen schlecht aus. Außerdem liegen die Gruben am Harz und an der Lahn recht weit von den Rhein-Ruhr-Hütten entfernt; so entstehen bedeutende Frachtkosten, die schon deshalb verhältnismäßig hoch sind, weil der überwiegende Teil der geförderten und beförderten Erzmengen überdurchschnittlich viel Gestein enthält.

Sechs Millionen DM Mehrkosten für die Westfalenhütte

Diese Nachteile verursachen die höheren Kosten des Roheisens, das aus deutschen Erzen erschmolzen wird. Die Mehrkosten betragen 40 DM bis 70 DM je Tonne. Zur Zeit machen die für die Westfalenhütte entstehenden Mehrkosten aus der Abnahme deutscher Erze jährlich fast sechs Millionen DM aus, wie Dr. Ochel auch während der Hauptversammlung feststellte. Das ist ein erheblicher Betrag, der nicht mit Worten wie „kleines Opfer“ oder „geringfügige Mehrbelastung“ abgetan werden kann und darf.

Zuweilen wird die Ansicht vertreten, die deutschen Eisenerzgruben müßten trotz ihrer Unwirtschaftlichkeit erhalten bleiben und weiterbetrieben werden, weil sie in Notfällen, wie bei internationalen Verwicklungen, bei Devisenmangel oder aus Gründen der Landesverteidigung, eine Reserve bilden. Dieses Argument überzeugt nicht, denn für die Ruhrhütten, die in den letzten beiden Jahren insgesamt etwa 11 v. H. ihres Erzbedarfs – auf Fe umgerechnet – aus Inlanderzen deckten, sind diese geringen Mengen, auch wenn sie sich in Notzeiten vielleicht etwas steigern lassen sollten, ein so niedriger Anteil, daß sie niemals als eine ausreichende Reserve angesehen werden könnten.

Nicht überzeugende Einwände

Aber selbst wenn eine Steigerung der Erzeugung möglich wäre, kann bei den heute bestehenden weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen das Ziel einer deutschen Wirtschaftspolitik nicht darin liegen, sich auf die einheimischen Rohstoffe zu beschränken. Hier sei nur auf die Länder mit einer blühenden Stahlindustrie hingewiesen, die nicht einmal eigene Kohlenvorkommen besitzen und dennoch wirtschaftlich arbeiten. Die deutsche Stahlindustrie ist auch nicht mehr – wie vor Jahrzehnten – überwiegend auf ein ausländisches Erzvorkommen – auf Schweden – angewiesen: die Erze kommen heute aus den verschiedensten Erdteilen und Ländern, und bei dieser Vielfalt der Lieferländer ist es doch wohl unwahrscheinlich, daß alle Lieferanten zugleich ausfallen.

Eine andere Frage ist die, ob man einzelne stillgelegte Gruben mit großen Erzvorräten soweit erhalten soll, daß man sie nötigenfalls später wieder in Betrieb nehmen kann. Man könnte diese Frage für die Siegerländer Erze prüfen, die als Manganträger noch eine gewisse Bedeutung für die Ruhrhütten hatten und haben. Der Aufwand für die Grubenerhaltung wäre allerdings ungewöhnlich hoch.

Auch der Einwand, daß durch stillgelegte Erzgruben wertvolle Bodenschätze preisgegeben

würden und Volksvermögen vernichtet würde, überzeugt wenig, da man als Volksvermögen doch wohl nur solche Bodenschätze ansehen und bezeichnen darf, die wirtschaftlich genutzt werden können. Müßte man sonst nicht auch den längst eingestellten Abbau von Gold- und Silbererzen wiederaufnehmen?

Gewiß ist verständlich, daß der Bergmann auf Grund einer oft lebenslangen Bindung an seiner Arbeit hängt und sich deshalb schwer mit dem Gedanken ihrer Preisgabe abfindet. Aber bei allem Verständnis darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß es sich beim Erzbergbau und in der Stahlindustrie um Unternehmungen handelt, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und betrieben werden müssen.

Nicht die „bequemen“ Hüttenleute oder die „konservativen“ Hochöfner haben etwas gegen die deutschen Erze – die Entwicklung des außerdeutschen Erzbergbaus und seine niedrigen Kosten haben die deutschen Erze und damit manche deutsche Eisenerzgrube entwertet.

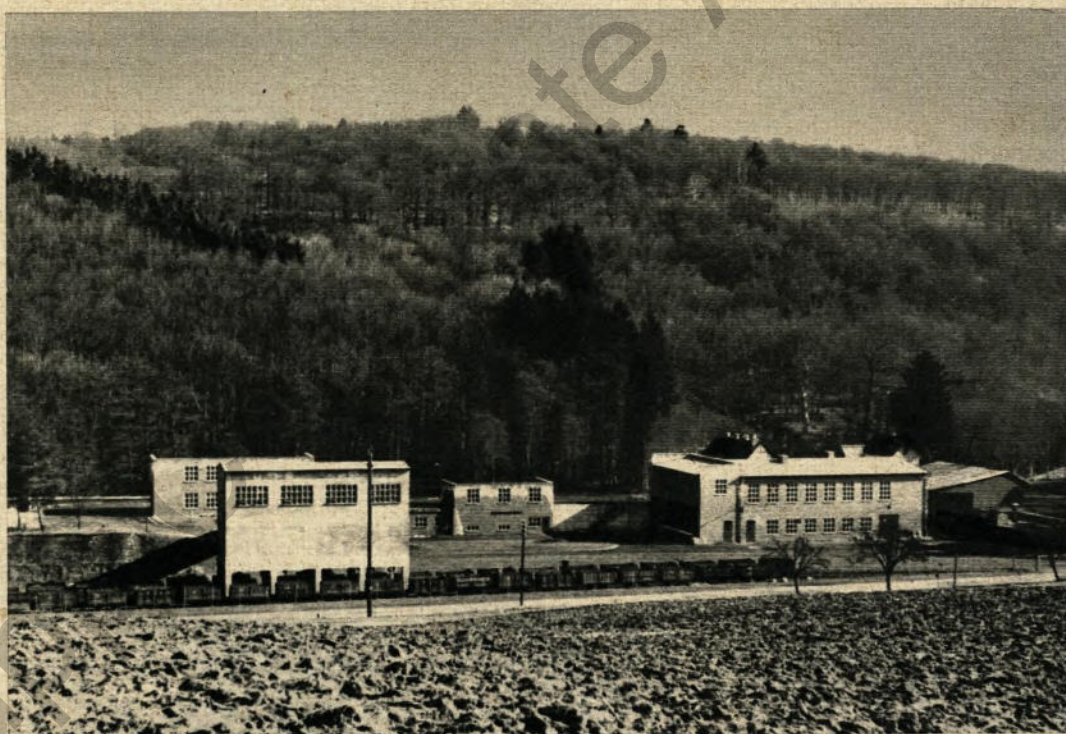
Auch die sozialen Auswirkungen, die den einzelnen gewiß schwer treffen, werden sich in ihrer Gesamtheit sicherlich lösen lassen. Die Harz-Lahn-Erzbergbau AG beschäftigt beispielsweise nur wenig mehr als 1200 Arbeiter und Angestellte. Alle vier Erzbergbaugesellschaften der Ruhrhütten – es sind die schon erwähnte Harz-Lahn-Erzbergbau AG, die Erzbergbau Siegerland AG, die Erzbergbau Porta-Damme AG und die Barbara Erzbergbau AG – beschäftigten Ende 1961 insgesamt 7800 Arbeiter und Angestellte. Diese Angaben sind notwendig, um die Zahl der von der Stilllegung einzelner – nicht aller – Gruben betroffenen Arbeiter und Angestellten in der richtigen Größenordnung zu sehen, zumal sich die Hüttenwerke bereit erklärt haben, soziale Härten – soweit möglich und vertretbar – zu mildern.

Notwendige Maßnahmen nicht länger hinausschieben

Vergessen wir auch nicht, daß die Ruhrhütten schon seit einer Reihe von Jahren auf die Unwirtschaftlichkeit eines Teils der inländischen Erze hingewiesen haben und daß sie keine sofortige Stilllegung aller unwirtschaftlichen inländischen Erzgruben anstreben, während sich der Kohlenbergbau beispielsweise mit einer sofortigen Einschränkung seiner Kohlen- und Koks-lieferungen an die Stahlindustrie hatte abfinden müssen. Es bedeutet also bereits ein gewisses Entgegenkommen der Hütten, wenn sie die schon seit Jahren erforderliche Einschränkung des deutschen Erzbergbaus auf einen längeren Zeitraum verteilen.

Ohne jeden Zweifel wäre es verfehlt, die notwendigen Maßnahmen lange Zeit hinauszuschieben. Der Zeitpunkt könnte kommen, zu dem die Entlassungen unerwartet und plötzlich erfolgen müßten, und zwar vielleicht zu einer Zeit, in der Arbeitskräfte nicht so gesucht sind wie heute.

Wollen die deutschen Hüttenwerke ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden, müssen sie auf das kostspielige Eisenerz aus deutschen Gruben weitgehend verzichten, wenn dadurch auch die deutsche Eisenerzförderung stark eingeschränkt werden muß. Unsere Bilder zeigen die deutschen Eisenerzgruben Heinrichs-segen, Eisenfeld und Waldhausen



DER TAG DER ARBEIT



Auch in diesem Jahr folgten wieder Millionen Arbeiter und Angestellte den Aufrufen ihrer Verbände und sammelten sich, um ihrem gemeinsamen Willen Ausdruck zu geben, unter den alten Forderungen zum 1. Mai nach Frieden, Freiheit und sozialer Sicherheit. In Dortmund, Hagen, Hohenlimburg und Essen, in Dorsten und Bockum-Hövel und in den vielen anderen Orten, wo Hoesch-Mitarbeiter tätig sind, feierten auch unsere Belegschaftsmitglieder wieder den 1. Mai. Bei strahlendem Sonnenschein marschierten sie zu den Kundgebungen und zeigten, daß auch heute der 1. Mai als nationaler Feiertag und als Weltfeiertag – mag sich die soziale Sicherstellung der Arbeitnehmerschaft auch gegenüber früher wesentlich verbessert haben – seine tiefe Bedeutung nicht verloren hat.

Als sich am 1. Mai 1890 die Arbeiterschaft über nationale Grenzen hinweg zum erstenmal zusammenschloß, forderte sie den Achtstundentag und die Koalitionsfreiheit. Wenige Jahre später, am 1. Mai 1894, ergänzte sie diese Forderungen um das Verlangen nach Völkerverständigung und Frieden; denn sie wußte, daß nur in einem gesicherten Frieden ein echter sozialer Fortschritt gedeihen kann.

Viele der Forderungen, die 1890 aufgestellt wurden, sind heute erfüllt. Die Arbeiterbewegung der freien Welt kann auf die in den vergangenen Jahrzehnten erreichten Erfolge stolz zurückblicken: Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung ist gestiegen, die Arbeitszeit herabgesetzt, die soziale Sicherstellung weitgehend gewährleistet und die Arbeitssicherheit vervollkommen. Doch zweifellos bleibt auch in der Zukunft noch viel zu tun: bei uns und für die Menschen in den entwicklungsfähigen Gebieten, für die – auch durch unsere Hilfe – ein menschenwürdiges Dasein in Freiheit geschaffen werden muß.

Doch die materielle Befriedigung allein kann die Probleme unserer modernen Arbeitswelt, die sich vor allem als menschliche, soziale und gesellschaftspolitische Aufgaben stellen, nicht lösen. Die stürmische technische und wirtschaftliche Entwicklung stellt den Menschen in seiner Arbeitswelt ständig vor neue Tatbestände, die auch das familiäre, gesellschaftliche und politische Leben beeinflussen. Der arbeitende Mensch muß sich diesen Veränderungen immer wieder stellen und sie von neuem bewältigen.

Der vor Jahrzehnten unüberbrückbar erscheinende Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist – bei Anerkennung und Würdigung der Unterschiede beider Interessensphären – der gegenseitigen Achtung und dem Willen zum Miteinander gewichen. So ist der 1. Mai heute im Zeichen der Demokratie in Politik und Wirtschaft ein Tag, an dem die Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit aller gutwilligen aufbauenden Kräfte unseres Volkes und der freien Völkergemeinschaft zum Ausdruck kommt. Die weltweite Solidarität des 1. Mai soll aber wie immer schon, so vor allem auch heute das entsetzliche Schreckgespenst unserer Tage – die kriegerische Auseinandersetzung – mit einem dringenden Appell der in ihrem Willen vereinten Arbeitnehmerschaft an die Vernunft und die Einsicht aller Verantwortlichen bannen helfen: Nicht Völkermord, sondern Völkerfrieden! Diese Forderung ist ohne jeden Zweifel im Augenblick das wichtigste Anliegen der Menschheit, zu dem für uns Deutsche die Wiedervereinigung in Freiheit hinzutritt.



1

Unsere Fotografen waren dabei, als viele unserer Belegschaftsmitglieder an den Kundgebungen zum 1. Mai teilnahmen. Die Schnappschüsse entstanden in Dortmund (Bild 2, 5 und 7), Hagen (1), Essen (6), Hohenlimburg (4 und 8) und Bockum-Hövel (3).



2



3



8



4



5



6



7



BILD DES MONATS

Wieviel echte Begeisterung die Ruhrfestspiele in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens geweckt haben, läßt diese Aufnahme aus dem stets überfüllten Saalbau ahnen, in dem seit 1947 alle Theateraufführungen dargeboten wurden

RUHRFESTSPIELE 1962 DER SCHLÜSSEL LIEGT IN UNSERER HAND

„Die Ruhrfestspiele sind als ein Kind der Not aus der Kraft von Menschen entstanden, die in der dunkelsten Zeit an das Morgen glaubten. Es ist ein Ruhmesblatt der Gewerkschaften, daß sie den Zweig, den Hans Böckler in die Hand nahm, nicht haben verdorren lassen.“ Diese Worte hat Altbundespräsident Theodor Heuss ausgesprochen, der den Ruhrfestspielen seit je innig verbunden ist.

Vor zwei Jahren, am 2. Juni 1960, tat Professor Heuss den ersten Spatenstich für das neue Ruhrfestspielhaus, das 1964 zum erstenmal seine Tore öffnen wird und zu dessen Bau auch die Hoesch-Belegschaften 52000 DM beigetragen haben. Drei Wünsche gab Theodor Heuss dem neuen Haus mit auf den Weg: Es möge eine Heimat der Musen, eine Herberge menschlicher Begegnungen und eine Burg freiheitlichen Denkens sein.

Der Schritt über die Schwelle des geistigen Raumes

Wir alle freuen uns schon jetzt auf das neue Haus, denn zweifellos hat jeder Besucher Recklinghausens empfunden, wie nötig die Ruhrfestspiele ein eigenes Heim brauchen. Jahr für Jahr blieb vielen Tausenden der Weg nach Recklinghausen versagt, weil der Raum im Saalbau nicht ausreichte. Allein 1961 wurden dreimal soviel Karten verlangt, als ausgegeben werden konnten.

Schon diese wenigen Zahlen bestätigen, daß sich jener Tausch von Kohle gegen Kunst zwischen Bergleuten von Recklinghausen und Hamburger Schauspielern, aus dem im Jahr 1947 die Ruhrfestspiele geboren wurden, zu einer nicht mehr fortzudenkenden Begegnung des arbeitenden Menschen mit dem Geist entwickelt hat, zu einer Begegnung, in der der Darmstädter Kulturdezernent Heinz W. Sabais das Symbol für den Kampf der Arbeiterschaft um das geistige Bürgerrecht sieht. Er sagte zur Eröffnung der 14. Ruhrfestspiele: „Wir sind auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie, langsam aber beharrlich. Am Ende dieses Weges wird die Arbeit ihren gesellschaftlichen Sinn wieder selber einsichtig machen, wird der Mann am Fließband oder an der Schalttafel seine Handgriffe im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Bedingungen seiner Freiheit und Sicherheit begreifen. Den nächsten Schritt aber, den Schritt über die Schwelle des geistigen Raumes, den Schritt zur Selbstbestimmung seiner individuellen Freiheit, muß jeder selber tun. Die Arbeiterbewegung, an ihrem geschichtlichen Ort Recklinghausen angekommen, übereignet jedermann das Schlüsselbund zu allen Türen

des sozialen Wohnhauses ‚Kultur‘. Wer nicht aufschließt, bleibt trotz Kleinwagen und Fernsehempfänger arm, ein Prolet.“

Auch Otto Burrmeister, der verantwortliche Gestalter der Ruhrfestspiele, beantwortete uns die Frage nach dem Sinn dieser „Kulturtage der Arbeit“ ähnlich, als er sagte: „Eine Demokratie wird nur in dem Maße Wirklichkeit, in dem ihre Menschen Anteil an den geistigen und sittlichen Werten haben, aus denen sie sich begründet, so daß also der Zugang zu den kulturellen Gütern und damit ihr Mitbesitz möglichst allen erschlossen werden sollte.“

In diesem Zeichen der „geistigen Mitbestimmung“ werden auch die 16. Ruhrfestspiele stehen, die am 15. Mai 1962 eröffnet würden und zu denen wir – gleichgültig, ob wir an der Kohle vor Ort, auf der Hochofenbühne, an einer Drehbank oder am Schreibtisch arbeiten, wieder in Recklinghausen erwartet werden.

„Romeo und Julia“ als Festinszenierung

Die Ruhrfestspiele 1962 werden mit der Eigeninszenierung „Romeo und Julia“ von Shakespeare eröffnet. 33 Aufführungen sind vorgesehen. Die Regie ist dem Generalintendanten des Düsseldorfer Schauspielhauses, Karl Heinz Stroux, übertragen; das Bühnenbild entwirft Jean-Pierre Ponnelle.

Die erfolgreiche Festspielaufführung des Vorjahres, Schillers Wallenstein-Trilogie, ist auf Wunsch des Kultusministeriums von Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr wieder in den Spielplan aufgenommen. Um möglichst vielen jungen Menschen Gelegenheit zu geben, dieses große historisch-politische Schauspiel kennenzulernen, sind 14 Vorstellungen für die Jugend geplant.

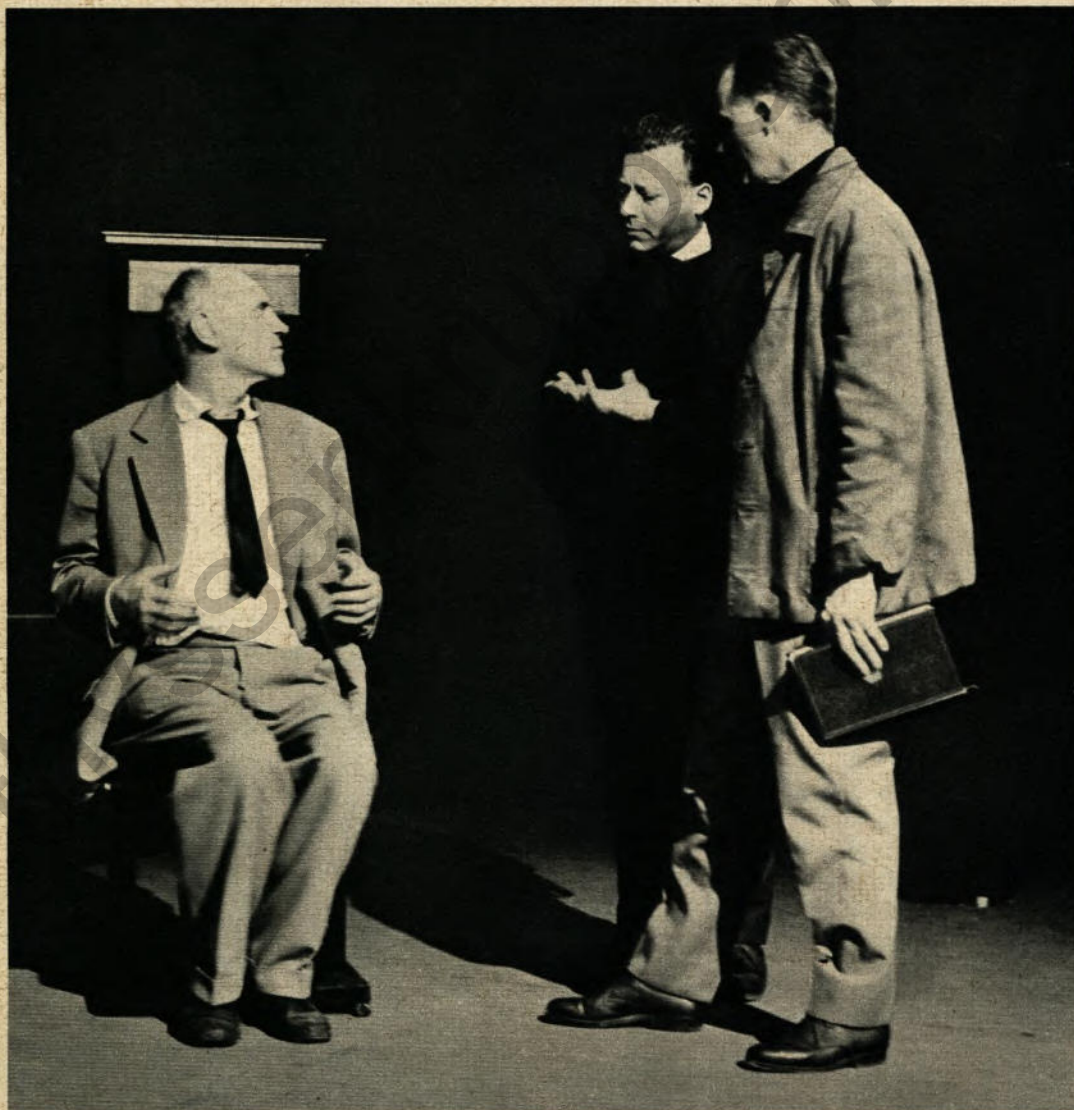
Im Zeichen Berlins – „Der Belagerungszustand“

Aber auch die enge Bindung zu Berlin werden die Ruhrfestspiele 1962 weiter pflegen. Schon 1960 standen die Festspiele unter dem Motto „Berlin – Forum geistiger Freiheit“. Um das damals Erreichte zu vertiefen, wird in diesem Jahr ein vorwiegend aus Berliner Künstlern bestehendes Ensemble unter der Regie von Hans Lietzau das Schauspiel „Der Belagerungszustand“ von Camus in zwölf Städten der Bundesrepublik aufführen. „Der Belagerungszustand“ ist ein Werk, das mit seinem Bekenntnis zur Freiheit geradezu für die Ruhrfestspiele geschrieben sein könnte. Seine Lehre, daß die Überwindung totalitären Denkens immer dann möglich ist, wenn wir die Angst vor ihm zu ban-





1



1 Um möglichst vielen jungen Menschen Gelegenheit zu geben, die Festaufführung des Vorjahres – Schillers Wallenstein-Trilogie – kennenzulernen, wiederholen die Ruhrfestspiele dieses große historisch-politische Schauspiel in 14 Jugendvorstellungen.

Ausschnitte aus der Probenarbeit zeigen unsere beiden Bilder, in denen das konzentrierte Zusammenwirken von Regisseur und Schauspielern während der Proben deutlich wird.

Links Regisseur Heinrich Koch, neben ihm Martin Benrath, Hans Caninenberg und Mathias Wiemann

2 Der gedruckte Text verwandelt sich in Geschehen – in Bewegung und Sprache.

Links Bernhard Minetti als Wallenstein, neben ihm Hans Caninenberg und Regisseur Koch

3 Wenn sich eines Tages der Vorhang vor dem Publikum öffnet, ist die angestrenzte Probenarbeit vergessen. Selbstverständlich und mühelos muß es den Schauspielern gelingen, die Zuschauer in die Welt des dargestellten Stückes zu versetzen. Unser Bild zeigt Hans Korte und Edith Teichmann in dem Schauspiel „Der Belagerungszustand“ des Franzosen Camus, das ebenfalls zum Programm des vergangenen Jahres zählte

4 Diese Aufnahme von Peter Fricke und Doris Schade stammt ebenfalls aus dem „Belagerungszustand“, dem Schauspiel, das die Ruhrfestspiele mit einem Berliner Ensemble auch in diesem Jahr wieder bei einer Tournee durch zwölf Städte der Bundesrepublik aufführen werden, um die enge Verbundenheit zu Berlin weiter zu pflegen

2

nen wissen, ist gerade heute für uns alle von brennender Aktualität.

Weiterhin erwartet Recklinghausen das Schiller- und Schloßparktheater Berlin, das drei Tage lang das Schauspiel „Andorra“ des zeitgenössischen Schweizer Dramatikers Max Frisch aufzuführen wird. Ebenfalls drei Tage wird das Württembergische Staatstheater Stuttgart mit dem Schauspiel „Die Zeit der Schuldlosen“ des deutschen Schriftstellers Siegfried Lenz gastieren.

Idee und Vollendung

Das Thema der Kunstaussstellung heißt in diesem Jahr „Idee und Vollendung“. Mit eindrucksvollen Beispielen aus dem Gesamtwerk bedeutender Maler und Bildhauer – beginnend mit dem ersten Entwurf, über eine Skizze des Gesamtwerkes, über Detail- und Werkskizzen bis zum vollendeten Kunstwerk – soll das künstlerische Schaffen den Ausstellungsbesuchern sichtbar werden.

Pflichten und Rechte der Gewerkschaften

Das elfte Europäische Gespräch des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das von Dienstag, dem 26. Juni, bis Donnerstag, dem 28. Juni 1962, in der Engelsburg in Recklinghausen stattfindet, wird sich mit den Gewerkschaften und ihrer Aufgabe in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft befassen. Die wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Leistungen der Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Ländern seit dem Ende des zweiten Weltkrieges werden in diesem Gespräch untersucht und zugleich die Vorstellung geprüft, die die Gesellschaftswissenschaften, die Öffentlichkeit sowie der Staat und seine Organe von den Gewerkschaften haben. Mit ihm wollen die Veranstalter klären helfen, welchen Standort die in den freiheitlichen Demokratien des Westens so bedeutungsvollen Gewerkschaftsbewegungen einnehmen, welchen Pflichten sie sich gegenübersehen und welche Rechte und Freiheiten sie in Staat und Gesellschaft brauchen, um diese Pflichten zu erfüllen.

Das musikalische Programm

Für den musikalischen Teil der Ruhrfestspiele sind wie im letzten Jahr wieder zwei Sinfoniekonzerte vorgesehen. Das erste Konzert dirigiert am 24. Juni Colin Davis aus London. Als Solist wirkt der bekannte Wiener Pianist Friedrich Gulda mit. Das Programm sieht vor: Benjamin Brittens Gloriana-Suite, Ludwig van Beethovens Klavierkonzert c-Moll und Wolfgang Amadeus Mozarts Sinfonie D-Dur. Das zweite Konzert am 1. Juli dirigiert der Lünener Generalmusikdirektor Hubert Reichert. Im Programm stehen Boris Blachers Orchestervariationen über ein Thema von Paganini, Tschaikowskij Violinkonzert D-Dur und Brahms Sinfonie Nr. 4 d-Moll. Beide Konzerte spielt das Westfälische Sinfonieorchester.

Schon dieser Überblick zeigt, wie umfassend das Programm der Ruhrfestspiele 1962 ist und wie vielseitige Anregungen und geistige Begegnungen es all denen bietet, die seinem Ruf folgen. Zum sechzehntenmal sind wir alle eingeladen, „die Kunst an uns und unserer Zeit auszuprobieren – und uns und unsere Zeit an der Kunst. Was und wer diese doppelte, die gegenseitige Probe besteht, ist gut. Alles andere sollte sich ändern!“



3



4

Die Zukunft des Menschen in der industriellen Arbeitswelt

Welche Wandlungen gehen in der industriellen Arbeitswelt vor? Beeinflußt dieser Wandel die soziale Stellung des Menschen? Treten mit dem technischen Fortschritt nicht immer neue Aufgaben auf, die neue Lösungen auch für die Einordnung des Menschen in die Arbeitswelt verlangen?

All diese Fragen behandelte Dr. Helmut Schelsky, Professor für Soziologie der Universität Münster und Leiter der Sozialforschungsstelle in Dortmund in einem Vortrag, den er im März vor der Jahresversammlung der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens gehalten hat. Wir berichteten bereits im letzten Heft über diese Versammlung der industriellen Arbeitgeberverbände, als wir die Ansprache des Vorsitzenden, unseres Vorstandsmitgliedes Bergassessor a.D. Hellmut Hansen, in vollem Wortlaut wiedergaben. Nunmehr wollen wir die wichtigsten Gedanken in Professor Schelskys Festvortrag aufzeigen.

Erst in unserem Jahrhundert begann man, den Menschen zu berücksichtigen

Professor Schelsky stellte in seiner Ansprache einleitend fest, daß man erst in unserem Jahrhundert begonnen habe – nachdem über ein Jahrhundert die Entwicklung der industriellen Arbeitswelt im wesentlichen durch den technischen Fortschritt bestimmt worden sei –, auch den Menschen in seiner Arbeitswelt zu berücksichtigen. Das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit und zum Betrieb, die Be-

▼ Professor Dr. Helmut Schelsky lehrte an der Hamburger Universität, bis er 1960 als Professor für Soziologie an die Universität Münster berufen wurde, deren Dortmunder Sozialforschungsstelle er ebenfalls seit dieser Zeit leitet



ziehungen der Menschen untereinander im Betrieb und bei der Arbeit seien in den Blickpunkt betrieblicher Politik und betrieblicher Maßnahmen gerückt. Sie hätten zu allgemein anerkannten Einrichtungen geführt, die aus der industriellen Arbeitswelt entwickelter Industriegesellschaften nicht mehr fortzudenken seien: Betriebliche Sozialpolitik, verschiedene Formen der Mitbestimmung, überbetriebliches und betriebliches Ausbildungswesen, betriebliches Informationswesen und betriebliche Gruppenpflege sorgten heute dafür, daß der Mensch in der industriellen Arbeitswelt sich nicht nur als Produktionsfaktor, sondern auch als soziales Wesen, als selbständiges und intelligentes Individuum anerkannt sehe. Sie bestätigten ihn als Menschen in seiner Arbeitswelt.

Doch ob alle diese Maßnahmen heute noch das bewirken, wozu man sie eingerichtet hat, war die grundlegende Frage, die Professor Schelsky aufwarf. Gerade weil eine große Anzahl dieser Maßnahmen zur Einordnung des Menschen in die industrielle Arbeitswelt heute schon länger besteht, scheinen mit ihnen – nach seinen Worten – Wandlungen vorzugehen, die oft ihre Erfinder und Förderer enttäuschen. So könnten wir feststellen, daß die betriebliche Information langweilig zu werden beginne, daß die betriebliche Gruppenpflege oder sonstige Geselligkeitsbildung ihren anfänglichen Reiz verliere, daß die verschiedenen Möglichkeiten der Mitbestimmung oder Mitberatung der Belegschaft innerhalb der Betriebe und Unternehmen eine Angelegenheit weniger, häufig genug nur der amtlich damit Beauftragten zu werden beginne. Die Leistungen der betrieblichen Sozialpolitik wandelten sich nicht nur zu selbstverständlich hingenommenen Rechtsansprüchen, sondern verlören auch, da sie mehr oder minder allgemein würden, ihre Betriebsgebundenheit, die Chancen der betrieblichen Fürsorge erwiesen sich aus den verschiedensten Gründen als immer begrenzter, und die betriebliche Ausbildung habe Schwierigkeiten, die Menschen zu finden, die von ihnen Gebrauch machten. Professor Schelsky betonte, daß diese kritischen Feststellungen keinen durchgehenden Tatbestand darstellten, daß es aber sie unterschätzen hieße, wenn man sie als Ausnahmen abtun oder in ihnen nur eine alles menschliche Tun begleitende Unvollkommenheit sehen wollte.

Immer neue Aufgaben treten an uns heran

Er stellte darauf die Frage, was diesen Tatbestand verursache und was auf diesem Gebiet in Zukunft zu tun sei, wolle man an den Zielen einer sozialen und humanen Gestaltung der industriellen Arbeitswelt festhalten. Sicherlich wäre die Reaktion falsch, die sozialen Maß-

nahmen für unnötig und überflüssig zu halten und in ihrer Abschaffung die Antwort auf seine Kritik zu sehen. Genau das Gegenteil scheine ihm der Weg einer fruchtbaren Lösung zu sein: Auch in der Organisation der menschlichen Beziehungen in der industriellen Arbeitswelt träten ja mit dem technischen Wandel und Fortschritt neue Aufgaben an uns heran, die unter gleichbleibenden sozialen und humanen Zielsetzungen immer neue Lösungen und Maßnahmen verlangten.

Professor Schelsky stellte fest, daß die Ursachen für diese Notwendigkeit, habe man sie erst einmal entdeckt, einfach und zwingend seien: Neue Erfindungen, Fortschritte und Wandel der Produktionstechniken seien uns schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie erzwingen stetig neue Organisationsformen des Menschen in der Arbeit, in der Öffentlichkeit und in der Freizeit. Damit aber entstünden neue soziale und seelische Situationen, neue Bedürfnisse des Menschen, die befriedigt werden müßten, weil nur der Mensch, der diesen neuen technischen und organisatorischen Formen der Arbeit seelisch, sozial und moralisch gewachsen sei, auf die Dauer Träger des weiteren technischen Fortschrittes sein könne. Dieser Kreislauf mache das innere Gesetz unserer Zivilisation aus; er werde in hohem Maße gerade die Zukunft des Menschen in der industriellen Arbeitswelt bestimmen.

Handarbeit wandelt sich in Kopfarbeit

Nachdem Professor Schelsky seine Vorstellungen so im Grundsatz umrissen hatte, stellte er aus der industriellen Arbeitswelt einige kennzeichnende Tatbestände dafür vor, wie der technische Fortschritt die Verhaltensgrundlagen des Menschen verändere. Zunächst kennzeichnete er die Veränderungen, die im Arbeitsverhalten des Industriearbeiters bei der Automatisierung der Produktion vor sich gehen. Er sagte wörtlich: „Sie wissen, daß der Arbeiter aus der Rolle des Lückenbüßers in nur teilmechanisierten Produktionsabläufen herausgetreten und in die Rolle eines Überwachenden und Kontrollierenden eingetreten ist. Damit wird auch seine Tätigkeit im gewissen Sinne wieder ‚universaler‘, als sie etwa in den halbautomatisierten Abläufen einer Fließbandproduktion gewesen ist. Handarbeit wird in Kopfarbeit verwandelt, die feste Zuordnung zu einem örtlichen Arbeitsplatz wird entscheidend abgeschwächt. Die Auswechselbarkeit der einzelnen Tätigkeiten ist sehr hoch; bezeichnenderweise sagten die nach ihren Arbeitsaufgaben befragten Automationsarbeiter sehr oft: ‚Wir tun hier alle dasselbe‘. Dabei ist die entscheidende Berufsleistung sehr oft nur eine verborgene Tätigkeit: man beobachtet und wartet darauf, daß man eingreifen muß.“ Dieses Eingreifen liege aber oft nicht mehr im normalen Ablauf der Produktion – dies geschehe ja von selbst –, sondern im Ausnahmezustand, im Unnormalen. Es sei verständlich, daß damit dem Arbeiter ganz neue seelische und geistige Leistungen, Anstrengungen und Verantwortungen zuwüchsen. Die Neuheit der Situation für den Arbeiter beruhe aber vor allem auch darin, daß er durch eine Abbildung hindurch, nämlich durch das Strich- und Punktgefüge von Meßwerten und Schalttafeln, die Grundzüge des Arbeitsvorganges lesen können müsse. Auf Grund dieser Daten müsse er tätig werden, wenn es seiner Entscheidung nach notwendig sei. Er gerate also unter einen neuartigen Unterscheidungs- und Entscheidungsdruck. Es sei gar nicht zu übersehen, daß auch hier die „Verwissenschaftlichung“ einer Berufstätigkeit, der

des Industriearbeiters, auftrete. Er habe daher diesen neuen Typ des Arbeiters versuchsweise als „Anlernetziker“ bezeichnet.

Der Vorgesetzte muß ständig sein überlegenes Fachwissen beweisen

Mit dieser Entwicklung sei aber auch ein neues Verhältnis des Arbeiters zum Vorgesetzten eingetreten. Der Arbeiter erhalte jetzt Verantwortung übertragen, die früher seiner Vorgesetzten-schicht angehört. Die Folge sei einerseits eine neue Gemeinsamkeit zwischen Vorgesetzten und Arbeitern – eine Art genossenschaftliches Teambewußtsein –, andererseits werde die Autorität des Vorgesetzten neu gestützt, da der Vorgesetzte jetzt, zumeist im Ausnahmezustand eingreifend, mit der ganzen Autorität handle, die er kraft seines Fachwissens besäße. Sie lebe weniger von sozialen Rangstufen, sondern müsse sich ständig als immer wieder überlegenes Fachkönnen beweisen, eine Anforderung, die alle Schichten der Vorgesetzten heute unter einen bisher unbekannten dauernden Leistungsdruck setze.

Professor Schelsky zog aus diesen Beobachtungen einige wichtige Folgerungen; er sagte: „Wir sehen, wie hier in der Gruppe der Industriearbeiterschaft neue intellektuelle, moralische, psychische und soziale Tatbestände und Anforderungen entstehen, die in der Organisation der Produktion und der Zusammenarbeit beachtet werden müssen. Die Berufserziehung und die Ausbildung stehen vor neuen Anforderungen, die sich bis auf die Schule einerseits und die Vorgesetztenausbildung andererseits auswirken. Die Menschenführung im Betrieb muß mit neuen Tatbeständen und Zuordnungen rechnen; das Problem, wie die Autorität zweckmäßig ausgeübt werde, muß ständig neu überdacht werden. Selbstverständlich machen die hier dem Arbeiter zugemuteten neuen Einstellungen nicht an den Grenzen seines engeren Arbeitsbereiches halt: das neue Verhältnis zum Vorgesetzten dehnt sich aus zu einem Verhältnis zur sozialen Macht überhaupt. Die neue Einstellung zur Apparatur und zur Technik wird zur neuen Grundlage eines technischen Weltverständnisses.“

Bei Büroangestellten und Unternehmern das gleiche Bild

Da die Arbeiter aber nur eine Gruppe in der industriellen Arbeitswelt, sind, wies Professor Schelsky auch kurz darauf hin, daß in den Büros das gleiche geschehe. Auch hier trete an die Stelle einer sich kaufmännisch verstehenden Bürotätigkeit die technisch-wissenschaftliche Einstellung. Die jungen Fachleute der Hollerithapparaturen und noch mehr der elektronischen Rechenmaschinen verstünden sich selbst als einen neuen Angestelltentyp mit einem neuen, gegen die alte kaufmännische Angestellten-schaft sich absetzenden Selbstbewußtsein.

Abschließend kennzeichnete er auch die entsprechende Veränderung der Unternehmertätigkeit. Die oberste Führungsschicht des Unternehmens stehe nicht einer einzelnen technischen Erneuerung gegenüber, wie er in seinen Beispielen von den Folgen der Automation für Industriearbeiterschaft und Büropersonal gezeigt habe, sondern der Summe der technischen, wissenschaftlichen und organisatorischen Fortschritte. Diese bestünden heute fast ausschließlich in der Aufnahme wissenschaftlich begründeter Abläufe, nicht nur im technischen, sondern ebenso im kaufmännischen und wirtschaftlichen Bereich, in der Organisationspraxis und in der Menschenführung. Daher sei die Unternehmertätigkeit in verschiedene Funk-

tionen zerlegt: in Planung, Organisation, Personalpolitik, Verhandlungsführung, Management der Erfindungen und so weiter. Die Unternehmensführung werde also mehr und mehr zu einem wissenschaftlichen Beruf eigener Art und weise damit eine Entwicklungstendenz auf, die in der wissenschaftlichen Zivilisation und einer auf wissenschaftlichem Fortschritt beruhenden industriellen Arbeitswelt unvermeidlich sei.

Die Arbeitswelt wird immer wissenschaftlicher

Dann fuhr er wörtlich fort: „Die geschilderten Wandlungen scheinen mir durch alle Ränge der industriellen Arbeitswelt gleichmäßig hindurchzugehen: überall verändern sich die Verhaltensweisen der Menschen in der Arbeit in gleichsinniger Richtung einer Verwissenschaftlichung der einzelnen Tätigkeiten, überall treten ständig neue und dauerhafte Ausbildungsanforderungen auf.

Nach meiner Überzeugung müssen die Wandlungen des Menschen in der industriellen Arbeitswelt in ausgewogenem Zusammenhange mit den neuen technischen und wirtschaftlichen Aufgaben bewältigt werden, die sich in der industriellen Wirtschaft dauernd stellen. Wir müssen nicht nur den technischen Fortschritt oder die neuen ökonomischen Möglichkeiten dauernd im Auge haben, wir müssen auch den sich wandelnden Menschen in den konkreten Situationen der industriellen Arbeitswelt dauernd neu ‚entziffern‘, um ihn immer wieder in gerechte und wirksame soziale und menschliche Bezüge innerhalb der Arbeitswelt stellen zu können.“

Die Idee des Fortschritts, im technischen und wirtschaftlichen Bereich glücklicherweise keineswegs abgestorben, müsse auch im sozialen und menschlichen Bereich ihre Gültigkeit behalten. Auch die Ordnung der „menschlichen Beziehungen im Betrieb“ sei eine Daueraufgabe, die sich dem erfinderischen und gestaltenden Geist in der industriellen Arbeitswelt ständig neu stelle. Sie müsse dauernd neu gelöst werden in der Form, daß sie soziale Gerechtigkeit schaffe, also zur Befriedigung aller Beteiligten führe.

Entscheidend ist die Geisteshaltung des Menschen

Der Lösung dieser sozialen Aufgaben stehe jedoch oft eine bestimmte Geisteshaltung entgegen, die dieser dauernden Dynamik nicht gewachsen sei. Man glaube, sich mit einer einmaligen Neuordnung der menschlichen und sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt endgültig an die neue technische Welt angepaßt zu haben, man habe seine feststehenden Rezepte auf diesem Gebiet entwickelt und halte damit diese Fragen für erledigt. Diese Geisteshaltung verkenne die dauernde Dynamik des Fortschritts oder einfacher: des ständigen und schnellen Wandels, der auf allen Gebieten unserer Kultur vor sich gehe, auch in den sozialen Beziehungen und den persönlichen menschlichen Verhaltensbereichen. In einem neueren englischen Konjunkturbericht über die Preise, über Produktivität und Einkommen in Großbritannien habe er den ganz nüchtern gemeinten Satz gelesen: „Entscheidend für das Inflationsproblem bei

► Handarbeit verwandelt sich in Kopfarbeit: Man überwacht, beobachtet und wartet, ob man eingreifen muß – so kennzeichnet Professor Dr. Schelsky die sich verändernde Arbeitswelt des Industriearbeiters, für die Heinrich Belten am Steuerpult unseres Kaltwalzwerks ein Beispiel ist

Vollbeschäftigung ist die Geisteshaltung der Menschen“. Auch er habe in diesem Vortrag mit möglichst gleicher Nüchternheit deutlich machen wollen, daß für die Ordnung der menschlichen und sozialen Beziehungen in der industriellen Arbeitswelt die Geisteshaltung entscheidend sei, mit der man auf die dauernden Wandlungen des Menschen in unserer Zivilisation reagierte.

„Die Meisterung der Zukunft hängt also davon ab, ob man die Geisteshaltung des Fortschritts im Bereich der sozialen und menschlichen Beziehungen ebenso zur Selbstverständlichkeit werden läßt wie auf den Gebieten der Technik oder der wirtschaftlichen Entwicklung“, schloß Professor Schelsky seinen Vortrag. „Tut man dies, so gibt es auch kein Ausruhen und keinen bleibenden Verlaß auf die einmal organisierten Maßnahmen sozialer und humaner Art in der industriellen Arbeitswelt. Das gleiche humane Ziel, die Wahrung der Würde des Menschen, die Vorbereitung der Chancen zur Selbsttätigkeit und intelligenten Initiative, zur Persönlichkeitsbildung und zur sozialen Lebendigkeit des Individuums in der modernen Industriegesellschaft ist eine sich stets erneut stellende Daueraufgabe, die immer wieder in enger sachlicher Verbindung mit dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt erneut gelöst werden muß. Ein Stehenbleiben bei den einmal gefundenen Formen der sozialen Gestaltung der industriellen Arbeitswelt wäre genauso ein Rückschritt, wie es ein Verharren auf einer einmal gegebenen Stufe der technischen Ausrüstung wäre. Auch in der sozialen Gestaltung der industriellen Arbeitswelt sind wir lebensnotwendig auf immer neue Erkenntnisse, auf Erfindungsgeist und Gestaltungsfähigkeit gegenüber den neuen Situationen angewiesen, wenn wir die Zukunft meistern wollen.“





„Arbeitssicherheit – eine gesellschaftliche Aufgabe“, so hieß das Motto, unter dem die 1. Arbeitssicherheitstagung der IG Metall stand. Sie fand vom 26. bis 27. März 1962 in Essen statt. Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, dessen Referat wegen Krankheit verlesen werden mußte, nahm vor Delegierten, vor Fachleuten und Gästen Stellung zu Fragen des Arbeitsschutzes.

Nach seinen Worten sollte diese Tagung dazu beitragen, die Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre und die gesamte Bevölkerung über wichtige Fragen der Arbeitssicherheit aufzuklären und sie sicherheitsbewußter zu machen. Da die auf der Tagung angesprochenen Probleme uns alle angehen, geben wir das Referat von Otto Brenner und die beiden Vorträge von Dr. W. Lejeune, dem Leiter des Instituts für Sicherheit in Bergbau, Industrie und Verkehr, und von Direktor W. Brockerhoff von den Luther-Werken, Mainz, auszugsweise wieder.

„Leben und Gesundheit der arbeitenden Menschen sind ein zu kostbares Gut, ein zu wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor und ein zu wertvolles nationales Kapital, als daß sie leichtsinnig oder gedankenlos verschleudert werden könnten.“ Mit dieser Mahnung wandte sich Otto Brenner an die Öffentlichkeit und zeigte in eindringlichen Worten die Gefahren auf, die durch die in immer stärkerem Maße alle Lebensbereiche erfassende Technik und durch die wachsende Industrialisierung der Menschheit drohen.

„Wir bejahen die technische Entwicklung“, so sagte Brenner, „die zur Entlastung des arbeitenden Menschen führt, und wir wollen sie auch nicht missen. Deshalb müssen wir uns darauf einrichten, mit der Technik und in der Technik zu leben. Das bedeutet: Wir müssen die sozialen Auswirkungen und Probleme einer technisierten Gesellschaft erkennen und geeignete Methoden entwickeln, um damit fertig zu werden. Der Mensch ist nach unserer Meinung nicht für die Technik da, sondern vielmehr die Technik für den Menschen! Produktionszahlen dürfen daher nicht über die menschliche Gesundheit gestellt werden. Uns liegt in erster Linie Leib und Leben, die Gesundheit der Menschen, am Herzen, die unsere Produkte erzeugen und ohne deren Tätigkeit ein Wirtschaftsleben überhaupt nicht denkbar wäre. Hier ist der Punkt, an dem wir mit der gewerk-

schaftlichen Aufgabe ansetzen müssen: Es geht um den Schutz des Menschen und seiner Arbeitskraft!

Wir stehen noch alle unter dem furchtbaren Eindruck der letzten großen Unglücke, den Bergwerkskatastrophen an der Saar und bei Hamm sowie der schaurigen Flutkatastrophe an der Nordseeküste.

Jedesmal, wenn sich derartige Massenunfälle ereignen, horcht die Öffentlichkeit betroffen auf und schaudert. Dann auf einmal regt sich das Verantwortungsbewußtsein. Man fordert, daß mehr getan werde. Man versucht, das Los der Betroffenen durch freiwillige Spenden zu lindern.

Mit ganzer Kraft

Was aber – so fragen wir – geschieht mit den täglichen anonymen Einzelschicksalen, die sich im Laufe der Jahre gleichfalls zu bedrückenden Zahlen summieren? Das Schicksal der Masse ist doch im Grunde nichts anderes als die Summe dieser Einzelschicksale, wie sie sich jeden Tag im Arbeitsprozeß ereignen. Das gilt nicht nur für den Bergbau, sondern auch für viele andere Berufszweige. Wir haben gewiß alle Ursache, die Menschen hoch zu achten, die ihre Arbeit tief unter der Erde verrichten müssen und Tag für Tag ein unwägbares Risiko für ihr Leben und ihre Gesundheit ein-

gehen. Aber sie sind nicht die einzigen, sie teilen das Arbeitsrisiko mit den Besatzungen der Flugzeuge und der Schiffe, mit den Berufskraftfahrern und vielen anderen technisierten Berufen unserer modernen Zeit.

Im Jahre 1960 waren in der Bundesrepublik über 3 Millionen meldepflichtige Arbeitsunfälle zu verzeichnen, so daß also an jedem Arbeitstag 160000 Arbeitnehmer fehlen mußten. Nach den offiziellen Statistiken wurde in der Metallindustrie bei 646300 Arbeitsunfällen jeder vierte Arbeitnehmer jährlich von einem Unfall betroffen. Insgesamt waren in der Bundesrepublik in einem Jahre über 5200 Tote und fast 100000 schwere Arbeitsunfälle mit einer 20- bis 100prozentigen Minderung der Erwerbsfähigkeit zu beklagen. Aber auch finanziell und damit wirtschaftlich fallen die durch Unfälle verursachten Kosten erheblich ins Gewicht. Diese Kosten betrugen im letzten Jahrzehnt in der Bundesrepublik etwa 40 Milliarden DM. Wersich diese Zahlen vergegenwärtigt, so fuhr Otto Brenner fort, „der kann nicht mit gutem Gewissen von einer ausreichenden Sicherheit der arbeitenden Menschen bei uns sprechen. Wir, die Gewerkschaften, sind bereit, unsere ganze Kraft für die Lösung dieses Problems einzusetzen. Das haben wir vielfach bewiesen, und das soll auch diese Tagung erhärten.“

Der 1. Vorsitzende der IG Metall forderte dann die Mitglieder und Funktionäre auf, die Erhöhung der Arbeitssicherheit zu ihrer persönlichen Aufgabe zu machen und verlangte den Ausbau der Arbeitssicherheitsorgane in den Betrieben sowie eine verstärkte Ausbildung von Fachleuten für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin.

Appell an Regierung und Öffentlichkeit

Die staatlichen und berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsorgane müßten in ihrem Programm und in ihren Methoden besser zusammenarbeiten. Die Gesetzgebung über Arbeitssicherheit müsse den Bedingungen unserer modernen Arbeitswelt angepaßt werden.

Brenner appellierte an die Öffentlichkeit und an die Bundesregierung, sich stärker als bisher für die Unfallsicherheit einzusetzen und sagte: „Lange bevor bei uns in den Betrieben erkannt wurde, wie wichtig es ist, mehr für die Sicherheit am Arbeitsplatz zu tun, hieß schon in England und in den USA die weitverbreitete Parole ‚safety first‘.“

Bezugnehmend auf das Sicherheitsprogramm der amerikanischen Bundesregierung und auf das Beispiel des amerikanischen Präsidenten, der sich selber an die Spitze der Bewegung zur Verbesserung der Arbeitssicherheit in seinem Land stellt und persönlich den Vorsitz im National Safety Council führt, wies Brenner auf die Verhältnisse bei uns hin und sagte: „Wir vermissen bis heute ein klares Verständnis und Interesse der höchsten Repräsentanten unseres Staates für die Arbeitssicherheit, wie es uns beispielsweise der amerikanische Präsident jährlich demonstriert. Der Kampf gegen Unfälle und für größere Arbeitssicherheit erfordert den Einsatz aller Mittel, wenn er gewonnen werden soll. Davon sind wir gegenwärtig leider noch weit entfernt.“

Die Industriegewerkschaft Metall wird sich aber nicht eher zufriedengeben, bis endlich auch in der Bundesrepublik die volle Sicherheit des arbeitenden Menschen am Arbeitsplatz garantiert ist!

Das ist notwendig – im Interesse des wirtschaftlichen Wohlergehens, des gesellschaftlichen Fortschritts und der Erhaltung des Friedens!“

Dr. Lejeune, der Leiter des Instituts für Sicherheit in Bergbau, Industrie und Verkehr, be-

Professor Esmarch nahm als erster den Kampf gegen den Unfall auf

Acht Jahrzehnte sind vergangen, seitdem man sich in Deutschland der Gefahren am Arbeitsplatz bewußt wurde und die Verpflichtung zur Abhilfe erkannte. Damals, im Rausch der großen Industrialisierung, war es ein erstes Besinnen auf die Tatsache, daß der Fortschritt denen, die ihm dienen mußten, einen zu hohen Preis abverlangte. Über die Zahl der Opfer des so sehr bewunderten Siegeszuges der Technik im 19. Jahrhundert fehlen verlässliche Angaben. Fest steht nur, daß in jener „guten alten Zeit“, die ihre Maschinen noch nicht mit Sicherheits- und Schutzvorrichtungen ausstattete, der Arbeiter ungleich gefährdeter war als heute. Damals nahm man den Zustand erhöhter Lebensgefahr in den Fabriken und auf den Baugerüsten als gegeben hin. Erst die Initiative eines einzelnen rüttelte vor 80 Jahren die Öffentlichkeit auf, den Unfallgefahren den Kampf anzusagen und den Unfallverletzten rasch zu helfen.

1882 die ersten 800 Unfallhelfer

Der Mann, der das tat, war der Kieler Chirurg Friedrich Esmarch. Erfahrungen, die er als Generalarzt im Kriege 1870/71 sammelte, suchte er für das zivile Leben nutzbar zu machen. Er erkannte jedoch bald, daß man die täglichen Unfälle nicht mit gutgemeinten Worten und blasser Theorie, sondern nur mit handfester Praxis erfolgreich bekämpfen konnte.

In England, dem Geburtsland der modernen Industrie, hatte der Johanniterorden 1877 die „St. Johns Ambulance Association“ – eine Art Samariterbund – gegründet, in einer Reihe von Städten Sanitätsschulen eingerichtet und in kurzer Zeit 40000 freiwillige Helfer ausgebildet, die bei leichten und schweren Unfällen Erste Hilfe leisten und alles Notwendige veranlassen konnten, bis – was unter der damaligen Verkehrsbedingung immer seine Zeit dauerte – ein Arzt zur Stelle war. Als Mitglied des Londoner Chirurgenkongresses studierte Esmarch im Sommer 1881 die Methoden dieses Hilfswerkes und gründete aus den dabei gewonnenen Er-

▼ Der Kieler Chirurg Friedrich Esmarch war der erste, der dem Arbeitsunfall den Kampf ansagte. Er gründete 1881 in Kiel eine deutsche Samariterschule und schrieb ein weitverbreitetes Handbuch über „Die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Unser Bild zeigt ihn bei einer Operation vor Medizinstudenten in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts

kenntnissen im Herbst desselben Jahres in Kiel eine Samariterschule. 800 Teilnehmer an den dort abgehaltenen Kursen standen im Frühjahr 1882 als erste ehrenamtliche Helfer zum Einsatz bei Unfällen bereit.

1909 entstand der Arbeiter-Samariterbund

Es war nur ein Vortrupp, der aber bald zu dem Zehntausende Mitglieder zählenden Deutschen Samariterbund anwuchs. Nach dem Kieler Muster entstanden Samaritervereine in allen deutschen Großstädten. In Leipzig wurden bereits 1882 die Angehörigen der städtischen Polizei und der Feuerwehr in Erster Hilfe ausgebildet und Sanitätswachen sowie Verbandstationen eingerichtet. Auch die Arbeiterschaft selbst griff den Gedanken der aktiven Unfallbekämpfung auf. 1888 trat die erste Arbeiter-Samariterkolonne auf den Plan. Andere folgten, die sich 1909 zum Arbeiter-Samariterbund zusammenschlossen und ein Heer von vielen tausend gut geschulten Helfern im Kampf gegen den Unfall stellten. Eine auf so breiter Grundlage wirkende Aktion zur Hilfe bei Unfallverletzungen löste zwangsläufig auch die ersten vorbeugenden Maßnahmen zur Unfallverhütung aus.

Ein großer Chirurg und Menschenfreund

Esmarch, der 1887 geadelte „Rebell gegen den Unfall“, wie man ihn damals nannte, hat das Echo und den Erfolg seiner Gründung erlebt. Als er 85jährig 1908 in Kiel starb, war sein bis dahin in 25 Auflagen erschienenes Handbuch für die Samariter „Die Erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen“ eines der meistgelesenen medizinischen Werke. Wenn in der Zeit von 1889 bis 1910 bei Betriebsunfällen der Prozentsatz des tödlichen Ausgangs von 16 auf 8 sank und der Anteil der Fälle mit dauernder Voll- oder Teilinvalidität sich gleichzeitig von 53 auf 26 v. H. verringerte, dann ist das im wesentlichen der Samariterfähigkeit zuzuschreiben und dem Wirken des großen Chirurgen und Menschenfreundes Esmarch, der als einzelner den Mut zur Initiative hatte.

Esmarchs Probleme, die vor 80 Jahren von vielen für unlösbar gehalten wurden, sind heute gelöst. Heute ist jeder Verletzte schneller und bester Hilfe sicher. Geblieben ist jedoch die Gefahr des Unfalls, der „besser verhütet als vergütet“ wird. Die Zahl der echten Arbeitsunfälle ist in der Bundesrepublik von 1956 bis 1959 von 726000 auf 745000 gestiegen, die Zahl der Todesopfer allerdings erfreulicherweise in der gleichen Zeit von 8000 auf etwas unter 7000 gesunken. Der Unfallverhütung bleibt damit noch ein weites Arbeitsfeld. Daß es keine aussichtslose Aufgabe ist, sollte Esmarchs Erfolg beweisen. Er beruhte im Grunde darauf, daß eine gute Idee von Hunderttausenden aufgenommen und getragen wurde. R. Winkler



handelte in seinem Vortrag „Kulturelle und gesellschaftliche Probleme der technisierten und industriellen Lebensbereiche“, und Direktor W. Brockerhoff von den Luther-Werken in Mainz berichtete über die „Arbeitssicherheit als Element der Betriebsführung“.

Beide Referenten gingen davon aus, daß sich Technik und Wirtschaft, und damit auch die industrielle Arbeitswelt, ständig verändere. Diese Tatsache habe der Mensch zu erkennen und sich den veränderten Verhältnissen immer wieder neu anzupassen. Für diese ständige Wandlung sei aber eine geistige Substanz notwendig, mit deren Hilfe Spannungen und Krisen in unserer Zeit überwunden werden und eine entsprechende Neuordnung stattfinden kann.

Für uns erhebt sich daher die Frage, ob der technischen Entwicklung unserer Zeit die allgemeinen menschlichen, bildungsmäßigen, gesellschaftlichen, seelischen und körperlichen Gegebenheiten entsprechen oder ob hier noch ein erheblicher Widerspruch besteht.

Dr. Lejeune legte seinen Ausführungen den Gedanken zugrunde, daß eine entscheidende Voraussetzung für alle Bemühungen um eine größere Sicherheit die kulturellen und weltanschaulichen Werte sind, von denen die Verantwortlichen ausgehen.

Bereitschaft zur Erfahrung

Er sagte: „Kultur ist in erster Linie eine lebendige, menschliche Weise des Denkens, Wertens und Verhaltens. Sie kann nicht durch Theateraufführungen, Konzerte, Kunstausstel-

lungen oder durch Vermehrung der Studierenden ersetzt werden. Wer einen Menschen anregt und befähigt, selbst zu denken, weiter und zu Ende zu denken, aus der Fülle der Erlebnisse eine Bilanz zu ziehen und damit den Sinn und die Bereitschaft zur Erfahrung zu wecken, erhöht die Humanität, sprengt die geistige Enge und hebt das moralische Niveau. Der Mensch im Menschen muß wieder mehr sichtbar und bedeutsam gemacht werden.

Der Mensch kann nur dann eine innere Bindung an seine Arbeit haben, wenn er ihr gewachsen, entsprechend ausgebildet und eingewiesen ist und wenn er die Bedeutung seiner Arbeit, die oft nur eine begrenzte Teilarbeit für das Ganze des Betriebes und der Gesellschaft ist, erkennt und bejaht.

Nicht nur die Sicherung der Leistung und der Leistungsfähigkeit ist aber die gestellte Aufgabe. Über die Erhaltung der Arbeitskraft und der Gesundheit hinaus geht es auch um die Beseitigung oder Minderung der Gefahren, die oft zwangsläufig mit gewissen Arbeiten verbunden sind. Die Technisierung des Lebens hat die natürlichen Risiken desselben zwar teilweise behoben, aber andere geschaffen. Das gilt für das betriebliche und für das außerbetriebliche Leben.

Sinn für Verantwortung

Für alle Bemühungen um die Sicherheit des Menschen ist eine entscheidende Voraussetzung, daß das einzelne menschliche Leben wieder einen höheren Kurswert erhält, den es

nicht zuletzt durch vergangene Erziehungsinhalte und die Orgien millionenhafter Menschenvernichtung verloren hat. Damit werden lebens- und weltanschauliche Faktoren zu einem Grundsockel der Sicherheitsbemühungen. Wenn es zudem wahr ist – und es ist erwiesen –, daß Mangel an Vorsicht, das heißt mangelnde Voraussicht, die Nichtbeachtung des Kalküls zwischen den eigenen Möglichkeiten und den sichtbaren und noch nicht sichtbaren Anforderungen der Situation, eine entscheidende Bedingung der Unsicherheit ist, dann steht im Mittelpunkt der Sicherheitsbemühungen die Aufgabe, den Menschen anzuregen und zu befähigen, vor auszudenken, weiterzudenken, die möglichen Folgen seines Verhaltens zu bedenken. Damit würde automatisch auch der Sinn für Verantwortung belebt und der Sinn für Erfahrung ertüchtigt. Das aber ist eine echte Bildungsaufgabe, die der Betrieb allein nicht leisten kann. Da ihre Erfüllung dem ganzen Leben zugute käme, sind auch alle Instanzen der Erziehung und der Bildung vom Elternhaus bis zur Schule, Kirche und Gewerkschaften zur Mitarbeit aufgefordert. Auch das Sicherheitsproblem erweist sich damit als ein Kulturproblem. Sein gesellschaftsproblematischer Gehalt liegt darin, daß auch die positive, bewußte Einstellung auf den anderen Menschen ein tragender Faktor der Sicherheit des einzelnen, der Betriebsgruppe und der Gesellschaft überhaupt ist.

Direktor Brockerhoff, Geschäftsführer der Luther-Werke, Mainz, schilderte – ebenfalls ausgehend von dem ständigen technischen

Jeder fünfte

Jährlich erleidet jeder 5. gewerbliche Arbeitnehmer in den Betrieben der Metall-Industrie und des Metall-Handwerks einen Unfall



Unermessliches menschliches Leid

Sorgen und sozialer Abstieg, verbunden mit großen wirtschaftlichen Verlusten für viele Familien sind die Folgen dieser Entwicklung



Wandlungsprozeß und der Notwendigkeit für den Menschen, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen – zunächst die Aufgaben, die den Betrieben erwachsen, um die Schwierigkeiten dieses Anpassungsprozesses zu überwinden und nahm dann Stellung zu den Fragen des Unfallschutzes als betriebliche Führungsaufgabe.

Der Betrieb ist Mittelpunkt

„Also müssen auch die Betriebe neben den verantwortlichen Institutionen des Staates, der Selbstverwaltung, der Unternehmer und der Arbeitnehmer dem gesellschaftlichen Wandlungsprozeß und der steten Veränderung der industriellen Arbeitswelt gerecht werden. Die Betriebsführungen müssen die neuen Tatbestände, Sachverhalte und Abhängigkeiten erkennen. Es werden deshalb hohe Anforderungen an das Orientierungsvermögen der Betriebsführungen gestellt, denn wenn die Betriebe ihre Aufgaben in der gesellschaftlichen Ordnung erfüllen sollen, kann es sich nicht um ein Mitlaufen oder Hinterherlaufen hinter den gesellschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen im Sinne einer passiven Anpassung handeln. Ohne vorausschauende, mitgestaltende Aktivität aus unternehmerischer Verantwortung heraus kann uns eines Tages die veränderliche Wirklichkeit überwäligen. Diese Forderungen an die Betriebsführung müssen einmal eindeutig angesprochen werden, denn wenn so oft festgestellt wird, daß die betriebliche Unfallverhütungsarbeit nur dann

vollwirksam wird, wenn sie das uneingeschränkte Anliegen der Unternehmensleitung ist, dann gründen sich solche Feststellungen auf die unausweichlichen gesellschaftlichen Notwendigkeiten.

Das wichtigste Ergebnis aber ist, daß wir der betrieblichen Wirklichkeit nicht mehr gerecht werden können, wenn nicht der Mensch im Mittelpunkt aller Überlegungen steht, ganz gleich, ob es sich um das innerbetriebliche Geschehen handelt oder um die überbetriebliche Verflochtenheit mit der Gesamtheit.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß im Licht dieser Betrachtungen auch andere Maßstäbe an die Unfallverhütung anzulegen sind als zum Beispiel der Maßstab der Kosten. Es geht nicht mehr um isolierte Maßnahmen auf dem Gebiet der betrieblichen Verwaltung, der betrieblichen Fürsorge oder der technischen Apparatur. Eine solche Feststellung soll jedoch die bestehenden Einrichtungen, Gesetze und getroffenen Maßnahmen nicht abwerten, wir müssen aber ihre Weiterentwicklung fordern. Es geht auch nicht darum, das gegenwärtige Konzept der Unfallverhütung als Ganzes zu verwerfen; es geht vielmehr darum, den Menschen als den Träger des Sozial- und Leistungsgefüges ‚Betrieb‘ zum Ausgangs- und Mittelpunkt aller Bestrebungen zu machen. Damit erhält aber auch die Arbeitssicherheit, das heißt alles, was die Unfallverhütung im Betrieb betrifft, nicht nur ihr Gewicht und ihren Rang, sondern auch ihre Dynamik und ihr Ziel.“
Brockerhoff stellte dann folgende betriebspolitischen Grundsätze für die Unfallverhütung auf:

„Arbeitssicherheit ist Aufgabe aller im Betrieb tätigen Beschäftigten. Sie wurzelt in der ethischen und sozialen Verantwortung gegenüber dem Nächsten und erfordert den Zusammenschluß der ganzen Belegschaft zwecks gemeinsamen, verantwortlichen Handelns zum Schutz des einzelnen. Sie ist eine soziale Forderung.

Arbeitssicherheit ist ein Bestandteil des Arbeits- und Produktionsprozesses. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für Höchstleistungen in der Produktion nach Qualität und Quantität der Erzeugnisse. Sie ist eine wirtschaftliche Forderung.

Der dritte wichtige Grundsatz der Unfallverhütungsphilosophie des Betriebes ergibt sich folgerichtig aus den beiden ersten Forderungen, und ihre erfolgreiche Verwirklichung ist ohne ihn nicht denkbar: Die Arbeitssicherheit ist Aufgabe und Funktion der Betriebsführung.

Unfallverhütung kann ihre Kraft nicht aus gesetzlichem Zwang gewinnen; sie muß von allen Menschen des Betriebes gemeinsam getragen werden.

Die Betriebsführung hat die Aufgabe, die sachlichen, organisatorischen und persönlichen Voraussetzungen für die Arbeitssicherheit zu schaffen. Sie erwartet die volle Unterstützung aller Institutionen unseres gesellschaftlichen Daseins, nicht zuletzt der Gewerkschaften, von deren guten Willen diese Tagung Zeugnis ablegt.“

Gezielte Unfallverhütung

größeren Einsatz von Mitteln für die Arbeitssicherheit
Schaffung von Arbeitssicherheitsorganen in allen Betrieben
stärkeren Einsatz von Arbeitsmedizinern

wissenschaftliche Ermittlungen der Unfallursachen
Sicherheitsprogrammen in allen Bereichen
bessere Ausbildung und Schulung aller Betriebsangehörigen

Wir fordern

- ein klares Bekenntnis der höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik zur Arbeitssicherheit
- eine der modernen Arbeitswelt angepaßte Gesetzgebung zur Arbeitssicherheit
- eine regelmäßige, umfassende, amtliche Berichterstattung über die Betriebsunfälle
- eine mindestens jährliche wirksame Überprüfung eines jeden Betriebes
- Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin als Lehr- und Prüfungsfach an allen Lehrinstituten und Universitäten
- ein unabhängiges, aus öffentlichen Mitteln finanziertes Institut für die Grundlagenforschung im Arbeitsschutz

DIE UNFALL-KURVE MUSS FALLEN!

Bundestagsabgeordnete
hörten Sachverständige und Wissenschaftler
Von Walter Behrendt, MdB

Die Zahl der Unfälle in der Bundesrepublik stieg von 1,4 Millionen im Jahre 1950 auf über 3 Millionen im Jahre 1960. Die Unfallstatistik verzeichnet z. Z. jährlich mehr als 5200 Todesopfer und fast 100000 schwere Unfälle, die die Erwerbsfähigkeit der Betroffenen für längere Zeit, oft für das ganze Leben, mindert. Im letzten Jahrzehnt waren fast 60000 Tote und über eine Million Unfallopfer mit Dauerschäden zu beklagen.

Diese erschreckenden Zahlen zeigen, wie dringend nötig es ist, daß nicht nur in den Betrieben mehr getan wird, um die Arbeitssicherheit zu erhöhen, sondern daß sich auch Bundestag und Bundesregierung mehr als bisher der Frage der Unfallverhütung annehmen.

Mit dieser Absicht hat der Arbeitskreis für Sozialpolitik der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bewährte Unfall Experten in das Bundeshaus nach Bonn eingeladen. Es galt, Stellung zu nehmen zu dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion, den diese am 11. Januar dieses Jahres zur Neuordnung des Gesetzes der Gesetzlichen Unfallversicherung dem Bundestag vorgelegt hatte. Mehr als 100 Sachverständige und Wissenschaftler nahmen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Ernst Schellenberg an dem Erfahrungsaustausch des sozialpolitischen Arbeitskreises teil. Die Aussprache sollte nach amerikanischem Vorbild vor aller Öffentlichkeit erfolgen.

Die vielbeachtete Tagung hat manche zur Diskussion stehende Frage klären helfen. Vor allem hat sie aber einen großen Widerhall in der Öffentlichkeit und bei den zuständigen Stellen gefunden. Wenn hiermit ein Beginn für nachhaltige Bemühungen um den Unfallschutz auf höchster Ebene gemacht wäre, ist dieser Tagung – allein schon aus diesem Grunde – ein unschätzbare Erfolg zuzuschreiben.

Wir geben daher im folgenden einige Stellungnahmen von Fachleuten zur Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung wieder, die die Problematik besonders deutlich machen und von denen wir annehmen, daß sie unsere Belegschaftsmitglieder interessieren.

▼ Mehr als 100 Sachverständige und Wissenschaftler trafen sich zu der Aussprache unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ernst Schellenberg (auf unserem Bild hinter den Mikrophonen stehend). Rechts von ihm Lisa Korpeter MdB, stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD, und Walter Behrendt MdB, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit, den viele unserer Leser als Mitarbeiter der Westfalenhütte kennen



Professor Dr. Neuloh von der Universität des Saarlandes wies darauf hin, daß es dringend notwendig sei, den gesetzlichen Bestimmungen zu den Fragen der Unfallverhütung einen breiteren Raum auch in dem neuen Gesetz einzuräumen. In fünf Paragraphen könne man unmöglich die Unfallverhütung, die doch eigentlich ein wesentlicher Bestandteil der Unfallversicherung sein sollte, erschöpfend behandeln. „Warum beruft man sich“, so sagte Neuloh, „in dem Gesetzentwurf ausgerechnet bei der Unfallverhütung – bei den wenigen Paragraphen – auf die Reichsversicherungsordnung? Also auf 1884! Das ist doch nur ein Zeichen dafür, daß man der Grundproblematik der ganzen Unfallverhütung hilflos gegenübersteht.“

Wenn gesellschaftliche Erfordernisse keine bloße Formel bleiben, sondern auch wirklich im Gesetzentwurf oder in der Begründung zum Ausdruck kommen sollen, dann müßte der Fortschritt des Gesetzentwurfes nicht bei den Leistungen nach dem Unfall liegen, sondern der Fortschritt müßte bei der Verhütung des Unfalls liegen.“



Dr. Klaus Bohr vom Hüttenwerk Oberhausen sagte über mögliche Erziehungsmaßnahmen: „Im Jahre 1960 hatten die Unternehmen in der Bundesrepublik 1,7 Milliarden Mark für die gesetzliche Unfallversicherung aufzubringen. Schätzungsweise werden es für das Jahr 1961 etwa zwei Milliarden Mark sein. Im Interesse der Arbeitssicherheit, die Bestandteil der unternehmerischen Planung sein sollte, ist zu fordern, daß das einzelne Unternehmen belohnt oder bestraft werden soll, je nach seiner Tüchtigkeit auf dem Gebiet der Unfallverhütung. Statt der allge-



meinen Umlage, die wir heute haben, wäre es notwendig, höchstens die Hälfte als feste Kosten anzusetzen, während die andere Hälfte in Form von Vorbelastungen oder Prämien erscheint."

Der Erfolg in der Unfallverhütung sollte also finanziell belohnt werden, zu hohe Unfallzahlen dagegen müßten finanzielle Belastungen nach sich ziehen."

Professor Dr. Lehmann, Direktor des Max-Planck-Instituts für Arbeitspsychologie in Dortmund, wies auf die starke moralische Bedeutung des Gesetzes hin. „Worum es eigentlich geht“, sagte Professor Lehmann, „ist die größere Sicherheit des Arbeiters. Von diesem Problem ist genaugenommen im Gesetzentwurf nichts enthalten. Allerdings sagt der Paragraph



537: Aufgaben der Unfallversicherung sind erstens die Unfälle zu verhüten, zweitens Unfälle zu entschädigen. Die erste Aufgabe ist es also, Arbeitsunfälle zu verhüten, und die zweite Aufgabe ist die Entschädigung. Diese Reihenfolge ist außerordentlich erfreulich. Wenn man aber sieht, wieviel von unseren Berufsgenossenschaften für Renten ausgegeben wird und wieviel in den Unfallschutz gesteckt wird, dann würde man ein krasses Mißverhältnis feststellen, das der im Gesetz angeführten Rangfolge nicht entspricht."

Dipl.-Ing. Volkmann, Leiter der Zentrale für Unfallverhütung, Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bonn, forderte, daß in dem Gesetz die drei wichtigsten Punkte,



die aus der Sicht der Berufsgenossenschaften notwendig seien, stärker herausgestellt würden: „Das sind einmal die Sicherheitsorgane, zweitens die ärztlichen Untersuchungen und drittens als besonders wichtig die Prüfungen bestimmter Betriebseinrichtungen und Arbeitsschutzmittel.“



Auch Laubrecht von der Abteilung Arbeitsschutz der IG Metall wies darauf hin, daß die derzeitige Betriebsüberwachung durch die Berufsgenossenschaft nicht genüge. Die technische Aufsicht sei mangelhaft besetzt, da wir bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt nur 558 technische Aufsichtsbeamte besäßen, die fast 18 Millionen Versicherte betreuen müßten. Das bedeute, daß auf 32000 Versicherte ein technischer Aufsichtsbeamter komme. Er stellte die Forderung, daß alle Mitgliedsbetriebe mindestens einmal jährlich besucht werden müßten.

Diesen Gedanken ergänzte Dr. Heinz Gürtler, Gußstahlwerke Witten, indem er verlangte, daß die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten bestimmte Anforderungen erfüllen müssen. Sie dürfen nicht nur Meldungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften enthalten, sondern müssen vielmehr die Ergebnisse der Unfalluntersuchungen und der Betriebsbesichtigungen anführen.



Dr. Gustav Oberwinster, Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, vertrat den Standpunkt, daß der Gesetzentwurf in seinen Rahmenbestimmungen den Maßnahmen der Unfallverhütung genüge.

Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit seien nicht nur technische und organisatorische, sondern darüber hinaus in starkem Maße menschliche und gesellschaftspolitische Aufgaben. „Betrachten wir“, so sagte Oberwinster, „die Unfälle nach ihrer Ursache, so ist festzustellen, daß sich nach den amtlichen Ermittlungen der Gewerbeaufsicht die sicherheitswidrigen Zustände in den Betrieben, die auf technische und organisatorische Mängel zurückzuführen sind, im verhältnismäßig kleinen Raum bewegen. Der weitaus größere Teil ist auf sicherheitswidrige Handlungen, das heißt auf menschliche Mängel, zurückzuführen.“



Dr. Karl, Betriebschef der Abteilung Arbeitsschutz der Hoesch AG Westfalenhütte, forderte, daß die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften von der Schadenshöhe des einzelnen Betriebes abhängig sein müssen. Bezogen auf die Verhältnisse der Westfalenhütte sagte er: „Dieser Betrieb steht, dank seiner intensiven Unfallverhütungsarbeit, unter den vergleichbaren Hütten des Ruhrgebietes mit an vorderer Stelle. Er hat im Jahre 1960 auf Grund seiner niedrigen Unfallzahlen den höchsten absoluten Beitragsnachlaß aller in der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft versicherten Hüttenwerke erhalten. Dieser Beitragsnachlaß betrug 148000 DM.“

„Sie werden mit mir der Meinung sein“, sagte Dr. Karl, „daß dieser Betrag für ein Werk der beschriebenen Größe geradezu lächerlich gering ist. Jede Hochofenstörung kostet ein Vielfaches. Mit diesem gewährten Beitragsnachlaß ist es unmöglich, die wirtschaftliche Bedeutung des Unfallgeschehens zu rechtfertigen. Ich bin überzeugt, daß das Interesse unserer Finanzleute an Unfallverhütungsmaßnahmen in dem Maße steigen wird, in dem sich das Unfallgeschehen spürbarer auf die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse eines Unternehmens auswirkt. Ich schlage daher vor, die Berufsgenossenschaften gesetzlich zu verpflichten, Beitragsnachlässe beziehungsweise Beitragserhöhungen abhängig von den Unfallziffern des einzelnen Mitgliedsbetriebes zu gewähren.“

Und darum:

**DIE UNFALLKURVE
MUSS FALLEN!**



Ferdinand Sprenger (rechts)

Ursprünglich wollte Ferdinand Sprenger, der am 6. Mai 1962 in der Hoesch AG Westfalenhütte sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feiert, Dreher werden. Er begann bei uns als Lehrling in der Walzendreherei. Aber nach zwei Jahren Lehre, nach Ausbruch des ersten Weltkrieges, kam es anders: Ferdinand Sprenger wurde im Thomaswerk gebraucht, und so fand er sich dort bald nach einer Zeit der Eingewöhnung als Konvertersteuermann auf der Ofenbühne wieder. Konvertersteuermann ist er mit zwischenzeitlichen „Abstechern“ als Kranführer auf dem Stripperkran bis 1927 geblieben. Im selben Jahr, am 21. September, wurde er Reserveblasemeister – zwei Jahre später Blasemeister im Thomaswerk. Ab Juni 1940 übernahm unser Jubilar dann den verantwortungsvollen Dienst des schichtführenden Obermeisters. Seit 1945 arbeitet er als Tagesobermeister. Ferdinand Sprenger erholt sich in seiner Freizeit am liebsten in seinem Kleingarten. Dort wird er übers Jahr, nach seiner Pensionierung, noch öfter als heute anzutreffen sein.

Wilhelm Tillmann (links)

Auch Wilhelm Tillmann, der am 3. Mai 1962 50 Jahre bei Hoesch ist, begann zuerst einmal eine Lehre. Sein Vater war Platzmeister und zwei ältere Brüder bereits Stahlwerker im Betrieb. Wilhelm Tillmann, der am 2. Mai 1912 gerade 14 Jahre alt geworden war, wollte Schlosser werden. Nur noch ein halbes Jahr fehlte ihm zum Abschluß der Lehre in der Stahlwerksschlosserei, da kam auch er durch den Arbeitskräftemangel im ersten Weltkrieg ins Thomaswerk. Dort arbeitete er kurze Zeit als Probeträger und fuhr schließlich den alten hydraulischen Wasserdrukkrän, der erst beim Umbau des Thomaswerkes 1930 durch den neuen Stripperkran ersetzt wurde. Aber Wilhelm Tillmann ist schon 1918 aus dem alten Kran ausgestiegen. Er war kurze Zeit Rangierer und wurde am 1. Dezember 1918 Konvertersteuermann. Das ist er bis heute. Er wohnt in der Nähe des Betriebes und – des Hoesch-Parkes, in dem er oft spazierengeht. Das Hobby des langjährigen Borussia-Mitgliedes ist der Fußballsport.

UNFALLSCHUTZ ALS FÜHRUNGS-AUFGABE

Mit einer Broschüre „Unfallschutz als Führungsaufgabe“, die von der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft herausgegeben worden ist, will Dr.-Ing. Otto Wilmes, der Leiter der Abteilung Technischer Unfallschutz bei den Maschinenbetrieben der Hoesch AG Westfalenhütte, einen Überblick über die wichtigsten Fragen der Unfallverhütung geben. Er wendet sich vor allem an die Führungskräfte im Betrieb, die für die Unfallverhütung verantwortlich sind und die ihre Mitarbeiter zu sicherheitsbewußtem Verhalten anhalten müssen. Dr. Wilmes warnt vor zu großem Vertrauen auf die eigene Kraft und Geschicklichkeit, die dann letztlich zu dem leichtfertigen Glauben führt: Mir kann nichts passieren. Der alte Spruch „Auch durch Schaden wird man klug“ müsse leider oft abgewandelt werden in „Mancher wird nur durch Schaden klug“. Der Mensch werde nie ganz ohne Unfälle arbeiten können. Es müsse aber jedermanns Anliegen sein, sie auf ein menschenmögliches Maß zu verringern. „Es liegt auf der Hand“, so sagt Dr. Wilmes, „daß die Beeinflussung solcher Menschen im Sinne des sicherheitsbewußten Verhaltens außerordentlich schwierig ist. Sie sind zwar von der Wichtigkeit und Richtigkeit jeglicher Art von Warnungen überzeugt, aber stets nur in bezug auf die anderen, die es nötig haben.“ Wichtig ist nach Ansicht von Dr. Wilmes, daß jeder die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und damit auch seiner sicheren Arbeitsweise erkennt.

Nach einem Absatz, in dem der Verfasser die Möglichkeiten der Erziehung und Schulung aller Gefährdeten zu einem sicherheitsbewußten Arbeiten an vielen praktischen Beispielen erläutert, geht er auf die wissenschaftliche Grundlage der Unfallverhütung ein und fordert, daß die Lösung der Unfallschutzfragen mit wissenschaftlicher Methodik erarbeitet werde.

Dr. Wilmes sagte, man müsse in Deutschland, um die Unfallgefahren einzuschränken, die Forschungsergebnisse nicht blindlings streuen, sondern so genau wie möglich gezielt verwenden. Nicht die Forschungsarbeit und die Forschungsergebnisse an sich würden in Deutschland eingeschränkt, sondern die Schwierigkeiten lägen vielmehr darin, daß die Ergebnisse nicht entsprechend nutzbar gemacht würden.

Die Leitung des Unternehmens, alle Beauftragten für die Unfallverhütung und nicht zuletzt die Betriebsvertretung müssen sich im gemeinsamen Bemühen treffen. Es fehle in Deutschland, so sagt der Verfasser, nicht an Anstrengungen, wohl aber an der Zusammenarbeit. Die folgenden zehn Gebote für den Unfallschutz stellt Dr. Wilmes an den Schluß seiner Ausführungen:

- 1 Betrachte Dich selbst als den Hauptverantwortlichen für Deine Sicherheit! Keiner kann so gut auf Dich aufpassen wie Du selbst!
- 2 Von dem Augenblick an, in dem Du das Werk betrittst, halte die Augen offen! Unachtsamkeit kann Dein Leben kosten!
- 3 Verlaß Dich nicht allein auf Dein Gehör! Der Lärm übertönt an vielen Stellen die Verkehrsgeräusche wie auch die Warnsignale, an die man sich übrigens sehr schnell gewöhnt.
- 4 Orientiere Dich über die wichtigsten Vorschriften. Niemand darf und will Dir etwas zumuten, was gegen die Sicherheitsregeln verstößt. Scheint Dir aber ein Auftrag, den Du erhältst, mit der Sicherheit unvereinbar, äußere freimütig Deine Bedenken!
- 5 Bemerkest Du einen unfalltechnischen Mangel, so melde es Deinem Meister oder Betriebsingenieur! Denk Dir einen Verbesserungsvorschlag aus und reiche ihn der zuständigen Stelle ein!
- 6 Denke, wenn nötig, für Deine Kameraden mit! Sieh zu, daß niemand durch Deine Tätigkeit gefährdet wird. Die Berufsgenossenschaft entschädigt zwar alle Unfälle, aber sie kann sich in jedem Fall (durch einen „Regreß“) am Verursacher schadlos halten.
- 7 Auch der Staatsanwalt interessiert sich für Dich, wenn durch Dich ein anderer zu Schaden kommt. Und dieser andere (wenn er noch lebt) kann Dich auf Vergütung von Sachschäden und Zahlung von Schmerzensgeld verklagen.
- 8 Halte Dich von allen Betriebseinrichtungen fern, an denen Du nichts zu arbeiten hast. Benutze jedes Ding nur zu dem Zweck, zu dem es geschaffen ist. Bei plötzlicher Gefahr darfst Du etwas riskieren, aber nur, wenn Kameraden in Gefahr sind. Um einen Materialschaten zu verhüten, setzt man nicht sein Leben aufs Spiel!
- 9 Treib kein Allotria im Werk! Dumme Scherze werden oft sehr plötzlich blutiger Ernst.
- 10 Denke nicht, Unfallverhütung behindere die Produktion! Unfälle verhüten heißt auch: Störungen verhüten, und das liegt in Deinem Interesse ebenso wie im Interesse des Betriebes. Nicht derjenige Arbeiter dient sich und dem Werk am besten, der am meisten riskiert, sondern der sich konsequent vor Unfällen bewahrt.

GÄRTNER AN LEIB UND SEELE



„Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ Das alte Goethe-Wort war kürzlich als einzige Textzeile unter dem Titelfoto einer großen deutschen Tageszeitung zu lesen. Das Foto zeigte einen von mächtigen nackten Hochhäusern umstandenen Kleingarten, in dem ein ällicher Mann, den breitkrempigen Strohhut auf dem Kopfe, auf den Knien lag, die Harke neben und viel Unkraut vor sich.

Ich gestehe, daß mich dieses Bild im Zusammenhang mit seiner beziehungsreichen Unterschrift erschüttert hat.

Nicht wegen der tiefen Wahrheit, die es aussprach, nein, ich mußte vielmehr wider Willen an seine Wirkung auf die Masse der Leser denken. Ich hatte ihre Kommentare im Ohr: Muß man sich wirklich in einen Kleingarten verkriechen, um Mensch zu sein? Ist man nicht viel mehr Mensch im Sinfoniekonzert oder als heiterer Stromer auf dem Markusplatz von Venedig! ... Ich wußte bereits, welches Ergebnis ein Test haben würde, veranstaltet um festzustellen, wie viele Leser von jenem Foto und seiner Unterschrift erschüttert wurden, wie viele verständnislos darüber hinwegsahen, wie viele es hausbacken, komisch oder gar lächerlich fanden – ich wußte, welches miserable Zeugnis dieser Test unserer Menschengesellschaft von 1962 ausstellen mußte.

Von 1962? Nun, da kam mir doch noch der Trost, daß die Menschen zu allen Zeiten in ihrer Mehrzahl oberflächlich waren. Wie sonst hätten Goethe, Lichtenberg oder Voltaire zu den goldenen Weisheiten gefunden, die wir heute so oft zitieren. Solche Weisheiten werden immer nur aus der tiefen Qual heraus geschrieben, die es bedeutet, gegen den Riesenstrom menschlicher Oberflächlichkeit schwimmen zu müssen.

Ein Steckenpferd ganz eigener Art

Das Gärtnern ist ein Steckenpferd von ganz besonderer Art. Nicht jeder eignet sich zum Gärtner. Es erfordert Disziplin, Ordnungssinn, Ge-

duld, Sorgfalt, viel Muskel- und noch mehr Herzenskraft. Das sind die gleichen Gaben, die man auch als Erzieher braucht.

Gärtnern erfordert einen Menschen, der sich vom Allerweltstreiben mit einer energischen Kehrtwendung absetzen kann, einen Menschen, der sich selbst genug ist. Wer zum Gärtner taugen will, für den müssen Stille und Alleinsein Zonen der Fruchtbarkeit und nicht Zonen der Langeweile bedeuten. Gärtnern ist kein Zeitvertreib. Man kann seine Gartengeräte nicht wie Spielkarten aus der Hand legen, wenn man keine Lust zum Weitermachen hat. Wer gärt, der geht am Arme der Schöpfung. Das verpflichtet.

„Hätte ich doch Zeit dazu!“

Was gäbe ich drum, wenn ich selber das Zeug zum Gärtner hätte! Wie gerne sähe ich es rings um mich keimen, treiben, sprießen und blühen! Ja, ich glaube, ich könnte auf manche Ernte verzichten, wenn ich nur immerfort am Geschäft der Schöpfung, wie sie es im Garten betreibt, teilhaben dürfte.

Aber ich bin als Gärtner nur ein Stümper. Natürlich überschlägt mich eine Welle von Rührung, wenn ich zuweilen in frischer Morgenfrühe vor mein Haus trete und sehe, wie die ersten scharfen Strahlen auf die krümelige Erde fallen und Blatt um Blatt und Halm um Halm durchleuchten. Aber mir fehlt die Treue, die sich in der täglichen Hege beweist, und mir fehlt zu dieser tätigen Treue die Zeit.

Früher hatte ich Zeit. Das war in den ersten Nachkriegsjahren, als ich, frisch abgeschirrter Obergefreiter, geradezu watete in freier Zeit: da hatte ich mir mangels Garten auf dem städtischen Küchenbalkon zwei Holzkästen aufgestellt, in dem einen zog ich Küchenkräuter, in dem anderen Tomaten. Ausgerechnet Tomaten! Wie oft stand ich da am frühen Morgen, wenn die erste Sonne blendend über meinen Ostbalkon schäumte, und schaute, goß, lockerte die Erde, band mit zärtlicher Rücksicht die dünnen Tomatenstangen auf – wie durchströmte mich da Frieden und Glück.

Damals träumte ich von einem eigenen Garten.

Was die Väter pflanzten ...

Das schlimme ist, daß meine Urväter alle Gärtner waren. Noch Urgroßvater und Großvater übten den elementaren Hilfsdienst an der Schöpfung als Beruf. Sie hegten und pflegten, säten und ernteten, und beide hatten sogar noch ein ganz besonderes Gärtnerglück, denn neben ihren Lebensernten an Früchten, Blumen und Gemüse gediehen einem jeden auch noch zwölf gesunde Kinder.

Einer von den letzten zwölf war mein Vater. Der gedieh nicht mehr ganz so wie er sollte. Er schoß sozusagen allzu üppig ins Kraut und wurde statt ein Gärtner ein zorniger junger Mann, der gleich anderen verrückten Europäern um 1908 herum versuchte, in einem selbstgebauten Aeroplan die Lüfte zu erobern. Aber er machte nur einige große Sprünge und stürzte dabei dreimal ab; natürlich kam er stets mit dem Leben davon, weil, wie jeder Gärtner





weiß, Unkraut nicht verdirbt. Zuletzt blieben meinem erst so hochgestimmten Vater nur noch ein leerer Geldbeutel, eine zwar geschundene, aber wieder hoffnungsfrohe Frau, sechs Kinder und ein Garten.

Der Garten wurde seine Rettung

Zeitlebens flüchtete mein Vater in diesen Garten, wenn er mit der Welt nicht zurechtkam; hier wurde er ein zufriedener, ja ein glücklicher Mensch. Kurz und gut, für meinen Vater war das Gärtnern noch ein richtiges Steckenpferd. Bei mir, dem Sohn, ist es nur noch ein Wunschtraum. Wohl weiß ich wie wenig andere um die Segnungen des Gärtnerns. Ich hätte, wie gesagt, sogar selber ein Grundstück zum Gärtnern, Südlage am Hang, mit Wasseranschluß und sechs Kindern zum Jäten des Unkrauts. Aber leider bin ich allzusehr ein Kind unserer Jahre. Ich renne hinter Terminen her, ich habe einfach keine Zeit mehr. Natürlich weiß ich um dieses Laster, aber auch das Wissen bringt mir jene hohe Ruhe und Gelassenheit nicht mehr ein, deren es zum Gärtnern genauso bedarf wie der Sonne, des Regens und des Düngers.

An kein Alter gebunden

Noch hoffe ich natürlich auf die große Wendung in meinem Leben. Gärtnern ist ja an kein Alter gebunden. Jedes Alter hat im Garten seine Glückschancen. Ich habe betagte Nachbarn, die ihre beiden Kinder im Kriege verloren; ihnen ist ihr Garten das letzte Objekt ihrer Liebeskraft, ihn betreuen sie wie einst ihre eigenen Geschöpfe, und nicht die kleinen Ernten schenken ihnen Zufriedenheit, sondern das täglich hilfreiche Wirken im kleinen. Und ich habe Nachbarn, die haben sich aus einem Acker in jahrelanger Mühe einen Garten geschaffen, ein Zauberreich von einem Wiesen- und Blumengarten.

Diesen Mann und seine Frau sah ich jahrelang jeden Sonntagmorgen nach der Kirche Arm in Arm durch ihren Garten gehen, in einem gelassenen Hin und Her, denn sie arbeiteten nur an den Werktagabenden. Ich sah sie in fröhlicher Übereinstimmung den täglichen und wöchentlichen Fortschritt kommentieren. Ich sah und hörte, wie sie sich vor einer üppigen Blumeninsel der ersten Blume dieser schwer ziehbaren Art erinnerten und all der sommerlangen Sorge, bis aus dem Einzelkind ein Farbenfleck voll überquellenden Reichtums geworden war. Wie gerührt hingen diese beiden an jedem Fleckchen ihres eigenen Gartens, der noch vor sieben Jahren ein rauher Acker war, und wie voller Bedacht brachten sie ihren kleinen Kindern die erste hohe Ahnung bei von Wachstum und Hege, von Werden und Vergehen. Dieser Mann, man sollte es kaum für möglich halten, ist Leiter eines bekannten Reisebüros: er verschickt jeden Sommer Tausende ruheloser, umhergetriebener Mitmenschen in die überfüllten „Erholungsorte“ der Alpen, Italiens, der Mittelmeerküsten, ja, er schickt sie gelassen auch bis nach Afrika und Indien – er selber aber bleibt stets weise daheim in seinem Garten, dem einzigen Ort wahrer Erholung für ihn, wo Frieden, Stille und das Glück der Beschaulichkeit nicht Illusion sind.

Was kostet der Spaß?

Das Gärtnern ist nicht an das Alter und es ist schon gar nicht an Geldbesitz gebunden. Die strenge Liebe zum Gärtnern ist wichtiger als eine Überfülle an Mitteln. Natürlich tut sich der Reiche schwerer, um das Gartenglück einzufangen, denn ihn treiben allzu viele Verlockun-

gen aus dem Garten in fragwürdige Fernen. Ich kenne aber auch begüterte Leute, die für ihren Garten „alles“ tun, das heißt, daß sie sehr viel Geld dafür ausgeben, und wer etwas vom Gärtnern und von der Leidenschaft des Blumenzüchtens versteht, der weiß, was das heißt. Immerhin bringen es diese Leute zustande, nicht nur Geldmittel, sondern auch die Mittel einer treuen hingeebenen Liebe an ihren Garten zu wenden und ihr Lebensglück auf diesen Garten zu begrenzen.

Diese Leute haben natürlich nichts mit jenen wunderdeutschen „Gartenfreunden“ oder sagen wir besser „Grundstücksbesitzern“ zu tun, deren Gartenliebe sich darin erschöpft, am Sonntagmorgen nach allzu reichlichem Frühstück in zünftiger Hemdsärmeligkeit den schnarrenden oder puffenden Rasenmäher übers grüne Parkett zu schleifen: diese Leute haben wohl eine Ahnung vom Gartenglück, aber nicht mehr die Fähigkeit, das Glück zu ergreifen. Sie begnügen sich mit der Visitenkarte vor ihrem Hause, die das grüne Viereck für sie bedeutet.

Glück im Schrebergarten

Den begüterten Gartenbesitzern steht das Riesenheer der deutschen Schrebergärtner gegenüber, denen kein Weg zu lang und zu mühsam ist, als daß sie ihn nicht jeden Feierabend gingen oder auf dem Fahrrad abstrampelten. Hier, in den deutschen Schrebergärten – mögen sie auch manchmal andere Namen haben – blühen Gartenliebe, Gartentreue und Gartenglück am reinsten. Hier keimt, wächst und gedeiht jene große bewahrende Tugend der Zufriedenheit, jene mächtige moralische Kraft, die den Millionen oberflächlicher Stadtleute abhanden gekommen ist. Sie sind die wahre deutsche „Widerstandsgruppe“ gegen den zivilisatorischen Verfall, die Verflachung, die seelische Verödung, die Vermassung. Ich kenne eine Menge Leute, die behaupten, der Gartenfanatiker spiele eine tragikomische Rolle, weil er von der Natur nur allzuoft um die Früchte seiner schweißtreibenden Arbeit geprellt werde. Diese Leute wissen nicht, wie wenig es beim Gartenglück auf die Ernte ankommt. Sie wissen nicht, daß jeder, der das Gärtnern als Steckenpferd betreibt, ein Doppelleben

führt, wobei ein Leben das andere ergänzt und befruchtet. Beim Gärtnern wie beim Wandern atmet der Geist aus, und wenn mir einer sagt, daß das Gärtnern eine „ungeistige“ Sache sei, dann möchte ich ihm antworten, daß viele große Ideen und viele mutige Entschlüsse bedeutender Geister bei der Gartenarbeit gefunden und gefaßt wurden. Und ich möchte dazu setzen: auch viele kleine Entschlüsse, etwa solche, dem und jenem zu vergeben, dem und jenem Gutes zu tun.

Alle Eltern sind Gärtner

Man verzeihe mir, aber ich muß noch einmal im Familiären ausholen, um dem großartigen Steckenpferd des Gärtnerns auf den tiefsten Grund seiner Wirkungen zu kommen. Ich, der nicht mehr zum Gärtnern taugt, weil er zuwenig Ruhe dazu findet, habe doch wenigstens eine Kinder-Gärtnerin zur Frau. Wir haben sechs Kinder, es waren einmal sieben, und wir verfolgen das Keimen, Wachsen, Sprießen, Wuchern und Gedeihen dieser sechs Kinder mit genau denselben Empfindungen wie ein Gärtner das Keimen, Wachsen, Sprießen, Wuchern und Gedeihen seiner Pflanzen.

Uns Kindergärtnern, wenn ich so sagen darf, ist nichts unbekannt von des Gärtners Lust und Leid. Denn er mit seinen Pflanzenkindern steht ja mit uns im gleichen Glied vor Mutter Natur: er wie wir können stets das Beste wollen und das Vernünftigste tun, und dennoch kann keiner von uns die Natur zwingen, unsere Mühe zu belohnen. In der Natur, das wissen alle guten Eltern und alle guten Gärtner, ist zwei mal zwei keineswegs immer vier. Schließlich sind die Unkräuter der Winden, Disteln, des Löwenzahns und der Brennesseln genauso Geschöpfe dieser Natur wie Rosen, Grünkohl und Radieschen. Niemand weiß von den Sorgen des Lebens und damit vom wahren Leben mit seiner Wechselwirkung von Lust und Leid mehr als eine Mutter und ein Gärtner, und die übermenschliche Mutterliebe, die noch dem mißratenen Sohne gilt, ist nichts anderes als der neue stumme Aufbruch des Gärtners, dem der Hagel den Lohn des Sommers verdarb. Was auch das Schicksal einbringt, hinterher schauen tüchtige Eltern wie gute Gärtner stets in glücklicher Erschöpfung auf ein erfülltes Sein zurück.



50 Hoesch AG Westfalenhütte

- 3. 5. 1962 Wilhelm Tillmann, Konvertersteuerm.
- 6. 5. 1962 Ferdinand Sprenger, Obermeister
- 22. 5. 1962 Richard Reith, kfm. Angestellter

40 Hoesch AG Bergbau

- 4. 4. 1962 Johann Kurhof, Anschläger
Schachtanlage Fritz
- 22. 4. 1962 Bernhard Wissen, Hauer
Schachtanlage Emil
- 30. 4. 1962 Willi Schmidt, Hauer
Schachtanlage Emil
- 1. 5. 1962 Konrad Pfaff, Hauer
Schachtanlage Fritz
- 2. 5. 1962 Theodor Holtermann, Schachtaufseh.
Schachtanlage Fritz
- 2. 5. 1962 Josef Wachtmeister, Verwiegler
Schachtanlage Fritz
- 4. 5. 1962 Johann Preuss, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 5. 5. 1962 Max Voß, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 9. 5. 1962 Paul Fiedler, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 9. 5. 1962 Hugo Nockemann, Verwiegler
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 22. 5. 1962 Anton Engling, Hauer
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 23. 5. 1962 Heinrich Huster, Meister
Schachtanlage Radbod
- 23. 5. 1962 Emil Kuhlmann, Oberheizer
Schachtanlage Emil
- 23. 5. 1962 Wilhelm Kuhlmann, Hauer
Schachtanlage Emil
- 23. 5. 1962 Heinrich Weigelt, Hauer
Schachtanlage Fritz
- 24. 5. 1962 Wilhelm Lömker, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 30. 5. 1962 August Dietrich, Seilfahrtsmasch.
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

Hoesch AG Westfalenhütte

- 1. 5. 1962 Wilhelm Brasse, Schichtmeister
- 1. 5. 1962 Georg von der Dunk, Chefchemiker
- 10. 5. 1962 Erich Meinhardt, Vorarbeiter
- 14. 5. 1962 Johann Marziniak, Badewärter
- 16. 5. 1962 Erich Böcker, Vorarbeiter
- 18. 5. 1962 Walter Marcus, Betriebsschlosser
- 19. 5. 1962 Heinrich Franke, Kolonnenführer
- 24. 5. 1962 Paul Bader, Kranführer
- 24. 5. 1962 Friedrich Wupper, Schlosser
- 30. 5. 1962 Friedrich Endorf, Werkmeister

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

- 8. 5. 1962 Franz Lindenthal, Bürogehilfe
- 15. 5. 1962 Otto Konrad, Badewärter
- 16. 5. 1962 Gustav Huthwelker, Betriebsangest.
- 16. 5. 1962 Wilhelm Schnapp, Wiegemeister

Maschinenfabrik Deutschland AG

- 19. 2. 1962 Wilhelm Mari, Schleifer
- 15. 5. 1962 Willibald Träger, Konstrukteur

Trierer Walzwerk AG

- 21. 5. 1962 Nikolaus Marbach, Galvaniseur
Werk Trier

Dörken AG

- 16. 5. 1962 Josef Ohr, Fräser

Dortmunder Drahtseilwerke GmbH

- 2. 5. 1962 Fritz Wilking, Drahtseiler

Hoesch Hammerwerk Ruegenberg GmbH

- 16. 5. 1962 Bernhard Rademacher, Scherenarb.

Hoesch Bergbautechnik GmbH

- 30. 5. 1962 Max Rissenbeck, Schlosser

25 Hoesch AG Bergbau

- 1. 4. 1962 Max Radschun, Zimmerhauer
Schachtanlage Emil
- 1. 4. 1962 Wilhelm Zumbink, Transporthelfer
Schachtanlage Emil
- 2. 5. 1962 Ferdinand Giepen, Hauer
Schachtanlage Emil
- 2. 5. 1962 Hans Meier, 1. Rangierer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 3. 5. 1962 Fritz Brüggemann, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 3. 5. 1962 Helmuth Falkner, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 3. 5. 1962 Albert Kaffka, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 3. 5. 1962 Johann Kasper, Hauer
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 3. 5. 1962 Jakob Klauack, Hauer
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 3. 5. 1962 Karl Krebs, kfm. Angestellter
Schachtanlage Emil
- 3. 5. 1962 Heinrich Mehrlingskötter, Revisor
Schachtanlage Radbod
- 3. 5. 1962 Franz Mosuraitis, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 3. 5. 1962 Josef Reinecke, Schreiner
Schachtanlage Radbod
- 3. 5. 1962 Ernst Richter, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 3. 5. 1962 Waldemar Wellenkötter, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 4. 5. 1962 Johann Beetz, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 4. 5. 1962 Ernst Borchers, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 4. 5. 1962 Friedrich Kaupper, Gießer
Schachtanlage Radbod
- 4. 5. 1962 Franz Michalski, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 4. 5. 1962 Erich Rother, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 4. 5. 1962 Johann Schicht, Zimmerhauer
Schachtanlage Radbod
- 4. 5. 1962 Friedrich Sobotta, Lehrhauer
Schachtanlage Radbod
- 5. 5. 1962 Johann Hüwel, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 5. 5. 1962 Hans Möller, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 5. 5. 1962 Gerhard Süß, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 5. 5. 1962 Johann Wollschläger, Lehrhauer
Schachtanlage Emil
- 6. 5. 1962 Otto Ogrczall, Hauer
Schachtanlage Emil
- 7. 5. 1962 Heinrich Loomann, Hauer
Schachtanlage Emil
- 10. 5. 1962 Wladislaus Buda, Zimmerhauer
Schachtanlage Emil
- 10. 5. 1962 Gustav Neumann, 1. Maschinist
Schachtanlage Emil
- 10. 5. 1962 Johann Schübler, Lokführer
Schachtanlage Fritz
- 10. 5. 1962 Albert Wnend, Hauer
Schachtanlage Wilhelmine-Victoria
- 12. 5. 1962 Johann Wolmerath, Lehrhauer
Schachtanlage Fritz
- 13. 5. 1962 Wilhelm Kleine-Sender, kfm. Angest.
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
- 18. 5. 1962 Hermann Friedrich, Lehrhauer
Schachtanlage Emil
- 18. 5. 1962 Fritz Haber, Fördermaschinist
Schachtanlage Radbod
- 18. 5. 1962 Heinrich Hülsmann, Lehrhauer
Schachtanlage Radbod
- 18. 5. 1962 Wilhelm Hüwel, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 18. 5. 1962 Franz Kleine, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 18. 5. 1962 Gottlieb Körner, Lehrhauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 18. 5. 1962 Paul Kubasik, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 18. 5. 1962 Konrad Plass, Maschinenwärter
Schachtanlage Kaiserstuhl

- 19. 5. 1962 Engelbert Pröpper, Kraftfahrer
Schachtanlage Radbod
- 20. 5. 1962 Paul Lukas, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl
- 20. 5. 1962 Heinrich Smollich, Lehrhauer
Schachtanlage Radbod
- 21. 5. 1962 Wilhelm Pattberg, Lehrhauer
Schachtanlage Radbod
- 22. 5. 1962 Franz Rolka, Lehrhauer
Schachtanlage Fritz
- 22. 5. 1962 Wladislaus Schwonek, Wettermann
Schachtanlage Fritz
- 24. 5. 1962 Fritz Kokoska, Hauer
Schachtanlage Fritz
- 25. 5. 1962 Wilhelm Winkelmann, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 26. 5. 1962 Wilhelm Bach, Schießmeister
Schachtanlage Radbod
- 26. 5. 1962 Josef Ebel, kfm. Angestellter
Schachtanlage Radbod
- 26. 5. 1962 Richard Hähnel, Schrankenwärter
Schachtanlage Radbod
- 26. 5. 1962 Wilhelm Kalisch, Zimmerhauer
Schachtanlage Radbod
- 26. 5. 1962 Walter Obermann, Lehrhauer
Schachtanlage Radbod
- 26. 5. 1962 Theodor Strothmann, Hauer
Schachtanlage Radbod
- 28. 5. 1962 Johann Kremp, Schießmeister
Schachtanlage Fritz
- 29. 5. 1962 Leo Tennagels, Lehrhauer
Schachtanlage Emil
- 29. 5. 1962 Willi Werner, Hauer
Schachtanlage Wilhelmine-Victoria
- 30. 5. 1962 Heinrich Hülsmann, Hauer
Schachtanlage Radbod

Hoesch AG Westfalenhütte

- 1. 5. 1962 Erwin Herbasz, kfm. Angestellter
- 1. 5. 1962 Fritz Kuwert, Hilfspolier
- 3. 5. 1962 Erich Betz, Maschinist
- 3. 5. 1962 Franz Grundmann, Hüttenarbeiter
- 7. 5. 1962 Anton Krampe, Hüttenarbeiter
- 8. 5. 1962 Richard Finteis, Magazinverwalter
- 14. 5. 1962 Heinz Wegnershausen, Schlosser
- 15. 5. 1962 Heinrich Niedermärk, Kranmaschinist
- 18. 5. 1962 Werner Marotzki, Reservemaschinist
- 19. 5. 1962 Walter Grazek, Lichtpauser
- 21. 5. 1962 Friedrich Dippel, Schlosser
- 24. 5. 1962 Georg Moogk, Oberfeuerwehrmann
- 26. 5. 1962 Karl Dege, Anstreicher
- 26. 5. 1962 Karl Kößling, Schmelzer
- 26. 5. 1962 Wilhelm Schmitz, Vorarbeiter
- 27. 5. 1962 Gustav Schulte-Cörne, Schichtlisten-
führer

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

- 1. 5. 1962 Helene Schäfer, kfm. Angestellte
- 20. 5. 1962 Wilhelm Schölling, Federnarbeiter
- 21. 5. 1962 Wilhelm Miehlke, Federnarbeiter

Schmiedag AG

- 15. 5. 1962 Rudolf Loskand, Dachdecker
Werk Grüntal
- 18. 5. 1962 Wilhelm Hogson, Dreher
Werk Grüntal
- 18. 5. 1962 Wilhelm Schieferstein, Werkstatt-
schreiber
Werk Grüntal
- 21. 5. 1962 Johann Hafemann, Kontrolleur
Werk Grüntal

Maschinenfabrik Deutschland AG

- 3. 5. 1962 Erich Gräbe, Konstrukteur

Schwinn AG

- 13. 5. 1962 Richard Jung, Schleifer
- 18. 5. 1962 Hugo Luckscheiter, techn. Zeichner

Rheinischer Vulkan, Chamotte- und Dinaswerke mbH

- 10. 5. 1962 Richard Pülgen, Tongräber
- 18. 5. 1962 Jakob Müller, Betriebsschlosser

Hoesch AG Walzwerke Hohenlim- burg, Werk Federstahl Kassel

- 9. 5. 1962 Karl Ludwig, Werkzeugmacher

„Arbeiten, um Muße zu haben“

Muße – welch ein altmodisches Wort! Tachonadel, Fließband, Terminkalender, Lochkartensystem, Automation, Polarroute – wo ist da Platz für die Muße? Gallup-Umfrage: Was verstehen Sie unter Muße? Eine griechische Göttin – eine Art Freizeitgestaltung – keine Meinung – eine Ausrede für Faulenzen.

Keine Zeit! – Leider kann ich keinen Termin für Sie frei machen. – Beeilen Sie sich, dann schaffe ich noch die Maschine nach Sydney! – Wo sind die Akten Raketentreibstoff Alpha? – Melden Sie ein Blitzgespräch mit Mailand an. – Keine Zeit!

Die Muße ist geflohen. Sie lebt in der Emigration. Bei einem sizilianischen Ziegenhirten. Bei einem Einsiedler auf dem Athos. Bei einer alten Gräfin auf einem Gut in Dalarne. Bei einem Maler in der Provence. Bei einem Gelehrten in Oxford. Bei einem Leuchtturmwächter am Kattegatt.

In der deutschen Sprache ist sie ein Aschenputtel, das sich viel gefallen lassen muß. Trotz ihrer edlen Herkunft. Wieviele erlauchte Geister haben schon ihr Lob gesungen! „Ein Gott schuf uns diese Muße!“ sagt Vergil. Cicero spricht von der „Muße mit Würde“, und Aristoteles behauptet: „Wir arbeiten, um Muße zu haben.“

Die auf Nützlichkeit bedachte Aufklärung brachte die Muße in Verruf. Der christliche Glaube stellte die Arbeit ins Zentrum unseres Lebens; harte Arbeit als graue Fron, im Schweiß unseres Angesichts verrichtet zur Buße der Erbsünde. „Man arbeitet nicht allein, daß man lebt, sondern man lebt um der Arbeit willen“, fordert Graf Zinzendorf, der Stifter der Brüdergemeinde. Von diesem strengen Standpunkt aus beleuchtet wirkt die Muße fast unmoralisch.

In der Gründerzeit schoß die deutsche Tüchtigkeit ins Kraut und erstickte das zarte Gewächs der Muße. In Vierjahresplänen ist sie nicht eingeplant, da ist nur Platz für die lärmende Freizeitgestaltung, die mit der Muße soviel gemein hat wie eine Ausführungsbestimmung zum Umsatzsteuergesetz mit einem Psalm Davids.

Im Arbeitsfanatismus des Wiederaufbaus, im ameisenhaften Betrieb der Hochkonjunktur ist sie verfehmt. Der Mensch schuftet und rackert mit einer vagen Sehnsucht nach Muße im Herzen, die er schon nicht mehr zu gestehen wagt, er tarnt sie hinter dem Bedürfnis nach Erholung, er degradiert sie ins Arzneifläschchen unter dem Etikett Entspannung, die er seiner Gesundheit schuldig sei. Der Mensch unserer Tage muß es zu etwas bringen und bringt sich dabei um die Muße.

Im Griechischen bedeuten Muße und Schule dasselbe. Dort war die Muße eine Schwester der Bildung. Schon im Lateinischen jedoch wurde sie zur Antithese der Arbeit: otium, die Muße – negotium, das Geschäft. Aber erst das utilitaristische und pietistische Denken verkuppelt sie mit der Trägheit, mit der sie doch gar nichts zu schaffen hat, setzt sie in Gegensatz zur Arbeit. Dabei sind Muße und Arbeit Zwillingsschwestern. Erst durch den rhythmischen Wechsel von Muße und Arbeit bekommt unser Leben Reiz, Sinn, Würde und Gehalt.

Während uns zum Begriff Arbeit eine Fülle ehrender Zitate und Gemeinplätze einfallen – Arbeit adelt; Arbeit ist süß; Arbeit schändet nicht; Arbeit ist des Bürgers Zierde –, ist die Muße mit wenig Ehren dekoriert. Unsere Sprache hat zwei Wortungeheuer, die mit dem Mutterwort nichts mehr zu tun haben, von der Muße abgeleitet: müßig und Müßiggang. Jener Müßiggang, von dem uns das Sprichwort weismachen will, daß er aller Laster Anfang sei, gibt sich als sprachlicher Vetter der Muße aus. In Wirklichkeit ist der Müßiggang ein Gefäß, gefüllt mit der schalen Limonade der Langeweile, während in der Muße der volle Wein der inneren Versenkung, der Kontemplation enthalten ist.

Im Deutschen kommt Muße – es ist merkwürdig – von müssen. Im Mittelhochdeutschen bedeutet muöze die angemessene Gelegenheit zu etwas. Das kommt dem, was wir unter der Muße verstehen, schon näher: ein paradiesischer Zustand innerer Ruhe, eine Bereitschaft, sich zum Wesentlichen hinzuwenden. Muße und Trägheit sind Gegensätze. Die Muße ist eine produktive Untätigkeit. Wenn Cicero sagt: „Niemals bin ich weniger müßig, als in meinen Mußestunden und niemals weniger einsam, als wenn ich allein bin“, so ist darin der Charakter der Muße trefflich gekennzeichnet.

In seiner Arbeit ist der Mensch handelnd, tätig, zupackend, aktiv; in seiner Muße entspannt, offen, bereit, passiv. Die Arbeit ist das männliche, die Muße das weibliche Prinzip des Lebens. Aber der Arbeitskrampf unseres Roboterdaseins ist chronisch geworden. Betriebsamkeit, Lärm und Wichtigtuerei wurden zum unentbehrlichen Dauerreiz, zur ständigen Narkose, die uns über unsere innere Leere hinwegtäuschen, die zehrende Langeweile unserer Freizeit übertäuben.

Die Muße verlangt Stille und Einsamkeit. Was sich hinter dem Begriff Freizeitgestaltung maskiert, ist ein gedankenloses Exerzieren in der Herde, bewegt von mechanischem Getöse, vom Fließband und aus dem Lautsprecher der Unterhaltungsindustrie geliefert, das die innere Öde verbergen soll. Wer aber die Muße sucht, muß sich aus der Herde entfernen.

In der Muße steht man außerhalb der Gesellschaft. Sie taugt nur für den, der keine Langeweile kennt, der etwas

mit sich anfangen kann. Jedoch für den Betriebsamen, im Arbeitsrausch Verkrampften wirken Ruhe und Einsamkeit zunächst wie der Schock einer Entwöhnungskur. Die Stille gelte in den Ohren; die Einsamkeit macht Angst. Aber es lohnt sich, diesen Schock zu überwinden, in der Muße sein eigenes Wesen zu finden, wesentlich zu werden, sich selbst und das zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Nicht umsonst galt im Mittelalter die Vita contemplativa, das beschauliche Leben, als ein Weg zum inneren Frieden. „Habet Muße und erkennet, daß ich Gott bin“, heißt es im 46. Psalm.

Die Muße verlangt innere Reife, verlangt die Würde, von der Cicero spricht, und die im Begriff Feierabend enthalten ist. Muße ist nicht Untätigkeit. Muße ist: das tun, was man gerne tut. Sie ist Bereitschaft zur wirtschaftlich nutzlosen, geistig aber sinnvollen Beschäftigung. Allein sein mit seinen Gedanken; ein Spaziergang in den Erinnerungen, bei dem die Ernte des Lebens beschaut wird; ein Gespräch mit Freunden; Umgang mit Büchern, Wein und Musik; Spiel mit Kindern; Arbeit im Garten; all das kann Inhalt der Muße sein. Erfüllte Muße ist der Zustand der Götter, der Dichter, der Mönche, der Denker.

In der Muße erlöst sich der Mensch selbst aus der Knechtschaft der Arbeit. Er stimmt seinem wahren Wesen zu und wird eins mit der Schöpfung. Er wird wieder unmittelbares Geschöpf Gottes, sagt ja zum Leben, schaut auf das, was er getan hat, zurück und kommt zu dem Ergebnis: „Und siehe, es war gut.“ Thaddäus Troll

Nutze den Tag

Von Paul Eichler, Mitarbeiter der Westfalenhütte

Eingang, Ausgang,
Werden, Vergehen,
Anfang, Ende.
Nichts bleibt bestehn.
Mensch bedenke:
Die Zeit steht nicht still.
Nutze den Tag!
Bald kommt die Nacht,
Die dunkle Nacht –
Drum nutze den Tag!

WERK *und* WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft: Dr. jur. Harald Koch. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Gröting. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822294/0822123. Grafische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Titelseite: Erich Kreuzner, Dortmund; Rückseite: Manfred Kampmann, Dortmund. Druck: DuMont Presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe BERGBAU, Seiten **49** bis **60**: Willi Laser. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Gröting. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822294/0822123. Druck: DuMont Presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe WESTFALENHÜTTE, Seiten **129** bis **160**: Walter Hölkeskamp. Redaktion: Johannes Holschen. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822123/0822294. Druck: Westfalendruck, Dortmund.

Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen Quellenangabe und zwei Belegexemplare gestattet, ausgenommen die im Inhaltsverzeichnis mit **■** gezeichneten Berichte und die Beiträge auf dem Werkdruckblatt. WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Bildnachweis: Farbinnenseiten: Erich Kreuzner und Manfred Kampmann, beide Dortmund. Schwarz-Weiß-Aufnahmen: Hering, Kampmann, Kreuzner, Korte, Steinfurth, alle Dortmund; Handke, Bad Berneck; Pressestelle Ruhrfestspiele; Stachelscheid, Düsseldorf und Werks- und Privataufnahmen. Zeichnungen: Ulrik Schramm, Feldafing/Obb.



1



4



2



3



5

- | | |
|-----------------------|----------------------------------|
| 1 Helga Henke | Hoesch AG Westfalenhütte |
| 2 Hans Dieter Schott | Hoesch AG Westfalenhütte |
| 3 Hartmut Gerdes | Hoesch Eisenhandel mbH. |
| 4 Hans Reineke | Hoesch AG Bergbau |
| 5 Hansfrieder Siebert | Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg |

